

**Einwohnerratssitzung 2012/2013
Protokoll Nr. 2**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 27. September 2012**
Sitzungszeit 13:15 Uhr – 19:10 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Yvonne Rööfli
Direktwahl 041 329 63 09

27. September 2012 ry

Anwesend

Präsident

Heini Martin

Einwohnerrat

27 Mitglieder
Dalla Bona Mara (bis 17:00 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Rööfli Yvonne
Schweizer Jennifer

Entschuldigt

Aakti Brahim
Berger-Hug Rita
Camenisch Rätö
Koch Patrick
Mathis-Wicki Judith
Piazza Daniel
Tanner Beat
Wicki Roth Verena

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 25 |
| 2. | <u>Vereidigung</u> : Fabian Takacs (JG) & Esther Bieri (SP) | | Seite 24 |
| 3. | <u>Protokoll Nr. 9</u> vom 31. Mai 2012
<u>Protokoll Nr. 10</u> vom 28. Juni 2012 | | Seite 28 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag</u> : Pensionskasse Gemeinde Kriens - Planungsbericht „Zukunft PKK 2013“ sowie die Genehmigung einer Änderung der Verordnung über die Pensionskasse Gemeinde Kriens (Art. 43a) | Nr. 316/12 | Seite 28 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag</u> : Planungsbericht „Finanzielle Entwicklung und Steuerung der Gemeinde Kriens“ | Nr. 317/12 | Seite 33 |
| | <i>Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):</i> | | |
| | - <u>Postulat Konrad</u> : Kostendeckungsgrad Heime Kriens | Nr. 269/11 | |
| | - <u>Postulat Konrad</u> : Klassengrössen | Nr. 270/11 | |
| | - <u>Postulat Tanner</u> : Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens | Nr. 280/11 | |
| | - <u>Postulat Müller</u> : Elternbeiträge der Musikschule Kriens am Durchschnitt der Agglomerations-Gemeinden | Nr. 291/12 | |
| | - <u>Motion Konrad</u> : Rahmenbedingungen für die Finanzplanung bis 2018 | Nr. 294/12 | |
| | - <u>Interpellation Kalt</u> : Arbeitsintegrationsprojekte | Nr. 311/12 | |
| 6. | <u>Bericht und Antrag</u> : Erlass eines Ausführungsreglementes zum regionalen Abfallreglement REAL
<i>In einer Lesung verabschiedet</i> | Nr. 323/12 | Seite 49 |
| 6a. | <u>Dringliche Interpellation Heiz</u> : Zu Asylzentrum im Grosshof
<i>Beantwortung</i> | Nr. 325/12 | Seite 52 |
| 6b. | <u>Dringliche Interpellation Günter</u> : Containersiedlung für Asylbewerber Grosshof
<i>Beantwortung</i> | Nr. 328/12 | Seite 58 |
| 6c. | <u>Dringliches Postulat Portmann</u> : Kein Zentrum für Asylsuchende auf der Liegenschaft Grosshof
<i>Begründung</i> | Nr. 324/12 | Seite 58 |
| 6d. | <u>Dringliche Motion Günter</u> : Zonenplanrevision / Planungszone
<i>Begründung</i> | Nr. 327/12 | Seite 59 |

- | | | | |
|-----|--|------------|----------|
| 7. | <u>Bericht Postulat Piazza</u> : Stopp-Verkehrsproblem – Kriens
<i>Auf Antrag des Gemeinderates abtraktandiert</i> | Nr. 281/11 | Seite 61 |
| 8. | <u>Motion Kalt</u> : Moratorium für Antennen
<i>Begründung</i> | Nr. 312/12 | Seite 61 |
| 9. | <u>Postulat Graf</u> : Erhöhung des Eintrittspreises für die neue Badi und Vergünstigung der Eintrittspreise für Einheimische
<i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 313/12 | Seite 63 |
| 10. | <u>Postulat Koch</u> : Nachweisdokument (z.B. Arbeitsbestätigung) für die ehrenamtliche Arbeit als Einwohnerratsmitglied
<i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 318/12 | Seite 63 |
| 11. | <u>Postulat Koch</u> : Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen
<i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 320/12 | Seite 64 |
| 12. | <u>Postulat Portmann</u> : Einführung einer Einbürgerungspauschale
<i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i> | Nr. 321/12 | Seite 64 |
| 13. | <u>Ev. Postulat Portmann</u> :Kein Zentrum für Asylsuchende auf der Liegenschaft Grosshof
<i>Begründung</i>
Vorstoss wurde dringlich erklärt und ist als Traktandum 6a behandel worden. | Nr. 324/12 | Seite 64 |
-

Neueingangsliste

- | | |
|------------|--|
| Nr. 304/12 | <u>Bericht Postulat B. Bienz</u> : Brunnen für Kriens |
| Nr. 315/12 | <u>Bericht dringliches Postulat Camenisch</u> : Unterbringung von Asylant/innen in Kriens |
| Nr. 316/12 | <u>Bericht und Antrag</u> : Pensionskasse Gemeinde Kriens - Planungsbericht Zukunft PKK sowie Genehmigung Änderung Verordnung |
| Nr. 317/12 | <u>Bericht und Antrag</u> : Planungsbericht finanzielle Entwicklung und Steuerung der Gemeinde Kriens |
| Nr. 318/12 | <u>Postulat Koch</u> : Nachweisdokument (z.B. Arbeitsbestätigung) für die ehrenamtliche Arbeit als Einwohnerratsmitglied
<i>Eingang: 16.07.2012</i> |
| Nr. 319/12 | <u>Postulat Portmann</u> : Schluss mit den Krienser Postleitzahlen-Wirrwarr |

-
- Eingang: 19.07.2012*
per e-mail vom 20.08.2012 wurde der Vorstoss zurückgezogen!
- Nr. 320/12 Postulat Koch: Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen
Eingang: 27.07.2012
- Nr. 321/12 Postulat Portmann: Einführung einer Einbürgerungspauschale
Eingang: 30.07.2012
- Nr. 322/12 Interpellation Urfer: Erlen - kein denkmalgeschütztes Gebäude
Eingang: 06.08.2012
- Nr. 323/12 Bericht und Antrag: Erlass eines Ausführungsreglementes zum Regionalen Abfallreglement REAL
- Nr. 324/12 Dringliches Postulat Portmann: Kein Zentrum für Asylsuchende auf der Liegenschaft Grosshof
Eingang: 20.08.2012
- Nr. 325/12 Dringliche Interpellation Heiz: Zu Asylzentrum im Grosshof
Eingang: 22.08.2012
- Nr. 326/12 Interpellation Tanner: Teures Parkbad Kriens / teilweise unzufriedene Familien
Eingang: 22.08.2012
- Nr. 327/12 Dringliche Motion Günter: Zonenplanrevision / Planungszone Grosshof
Eingang: 23.08.2012
- Nr. 328/12 Dringliche Interpellation Günter: Containersiedlung für Asylbewerber Grosshof
Eingang: 24.08.2012
- Nr. 001/12 Bericht und Antrag: Verkauf der Liegenschaft "Mattenhof I" Grundstück Nr. 3831, Grundbuch Kriens
- Nr. 002/12 Dringliche Interpellation Graber: Weiteres Vorgehen beim Hergiswald-Neubau
Eingang: 07.09.2012
- Nr. 003/12 Postulat Kaufmann: Sponsoring-Partner für das Projekt Schappe-Süd
Eingang: 07.09.2012
- Nr. 004/12 Postulat Tanner: Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens
Eingang: 07.09.2012

Nr. 005/12 Bericht und Antrag: Auflösung des Fonds de Roulement der Gemeinde Kriens

Nr. 006/12 Bericht und Antrag: Gesamtrevision Ortsplanung

Martin Heini begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Christian Bertschi.

Der Vorsitzende freut sich heute die erste richtige Arbeitssitzung des Einwohnerrates in dieser Legislaturperiode eröffnen zu können. Für einige ist es auch die erste Sitzung überhaupt. Aber alle nimmt's Wunder, wie der Rat in dieser neuen Zusammensetzung funktioniert. Auch auf Seiten des Gemeinderates sind Änderungen eingetreten. Die Spannung und die Erwartungen werden wohl überall da sein. Auch für Martin Heini ist die Rolle neu. Und ihm geht die folgende Lebensweisheit nicht mehr aus dem Kopf: *Jeder Tag ist ein Wagnis und wird dadurch erst lebenswert*. Das Parlament soll das Wagnis eingehen - mit Kopf und Herz - denn es braucht beides, um im Leben bestehen zu können. So auch in der Politik!

Brahim Aakti, Rita Berger-Hug, Räto Camenisch, Judith Mathis-Wicki, Daniel Piazza, Beat Tanner und Verena Wicki Roth haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Mara Dalla Bona kann nur bis 17 Uhr an der Sitzung teilnehmen. Auch Cyrill Wiget und Roger Erni müssen die Sitzung früher verlassen.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist spätestens um 19:00 Uhr.

1. Vereidigung: Fabian Takacs (JG) & Esther Bieri (SP)

Damit alle Mitglieder über die folgenden Dringlichkeiten abstimmen können, wird die Vereidigung von Fabian Takacs vorgezogen. Esther Bieri konnte an der konstituierenden Sitzung teilnehmen und ist somit bereits vereidigt.

Martin Heini bittet Fabian Takacs nach vorne um das Gelübde abzulegen.

Fabian Takacs wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen. Der frisch Vereidigte wurde bereits an der letzten Sitzung als Mitglied in die Baukommission gewählt.

2. Mitteilungen

Martin Heini bedankt sich nochmals recht herzlich bei allen, welche anlässlich der Präsidentenfeier etwas beigetragen haben. Der 6. September 2012 war eindrücklich und wird ihm in Erinnerung bleiben. Es war ein Fest, mit grosser Spannung, vielen Erwartungen, aber auch viel Unerwartetes und Unbekanntes. Die Dankeskarte liegt zusammen mit einer kleinen Versüssung für den gewagten Tag auf.

Cyrill Wiget beantragt im Namen des Gemeinderates, den Bericht Postulat Piazza: Stopp-Verkehrsproblem – Kriens (Nr. 281/11) abzutraktandieren, weil das Projekt nach der Ablehnung der Steuererhöhung sistiert werden musste. Das Geschäft kann erst bearbeitet werden, wenn die neu vorgesehene Arbeitsstelle besetzt wird. Das heisst frühestens in sechs Monaten.

Der Einwohnerrat opponiert nicht. Somit wird das Traktandum 7 abtraktandiert.

Martin Heini stellt fest, dass aufgrund der reich befrachteten Traktandenliste keine Fragestunde vorgesehen ist.

Weiter sind vier dringliche Vorstösse betreffend des geplanten Erstaufnahme-Zentrums für Asylsuchende Grosshof eingegangen. Aus prozessökonomischen Gründen fragt Martin Heini den Rat an, ob über die Dringlichkeit aller vier Vorstösse gemeinsam abgestimmt werden kann.

Martin Heiz beantragt, einzeln über die Dringlichkeit der vier Vorstösse abzustimmen.

Dringliches Postulat Portmann: Kein Zentrum für Asylsuchende auf der Liegenschaft Grosshof (Nr. 324/12)

Gemäss Peter Portmann will der Kanton Luzern mit aller Eile ein Asylzentrum auf dem Grosshofareal erstellen. Der Sprecher ist fest überzeugt, dass der Kanton gegen den Willen der Bevölkerung das Asylzentrum erstellen wird. Darum ist es höchste Zeit, dass der Krienser Einwohnerrat endlich Stellung dazu nimmt. Wie man im Vorfeld dieser Sitzung heraushören konnte, hat dieses Postulat keine Chance die Hürde der Dringlichkeit zu überstehen. Sollte die Dringlichkeit der Motion Günter auch abgelehnt werden, gibt es für die SVP nur noch den Weg einer Volksinitiative. Peter Portmann bittet der Dringlichkeit statt zu geben.

Abstimmung über die Dringlichkeit von Postulat Portmann: Kein Zentrum für Asylsuchende auf der Liegenschaft Grosshof (Nr. 324/12):

Mit 20:6 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	nein
Bründler, Anton	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja

Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	nein
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	n.t.
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	ja

Dringliche Interpellation Heiz: Zu Asylzentrum im Grosshof (Nr. 325/12)

Martin Heiz stellt fest, dass die gestellten Fragen seiner Interpellation der Bevölkerung unter den Fingernägel brennen. Das Volk will jetzt Antworten, darum ist der Vorstoss dringlich zu behandeln.

Der Dringlichkeit wird nicht opponiert.

Dringliche Motion Günter: Zonenplanrevision / Planungszone Grosshof (Nr. 327/12)

Michael Günter schliesst sich der Argumentation der Vorredner an. Es geht darum, gegenüber dem Kanton Fairness zu wahren und darum ist es wichtig, dass die Planungszone vorgängig weggenommen wird.

Mario Urfer opponiert der Dringlichkeit. Der Motionär fordert eine Zonenplanrevision und dies zwei Monate vor der 1. Lesung der Ortsplanungsrevision. Ungeachtet der Beweggründe erachtet die SP/JUSO-Fraktion die Motion nicht als dringlich und unnötig, da entsprechende Anträge bei der Ortsplanungsrevision gemacht werden können.

Gemäss René Zosso ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für die Dringlichkeit, da das Anliegen die Öffentlichkeit interessiert. Es ist an der Zeit, richtig informiert zu werden.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Motion Günter: Zonenplanrevision / Planungszone Grosshof (Nr. 327/12)

Mit 21:6 Stimmen wird die Motion dringlich erklärt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	nein
Bründler, Anton	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja

Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	nein
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	ja

Dringliche Interpellation Günter: Containersiedlung für Asylbewerber Grosshof (Nr. 328/12)

Für Michael Günter geht es um kritische Fragen der Kommunikation, welche auch für die Anwohnerinnen und Anwohner im Gebiet Grosshof von grossem Interesse sind.

Der Dringlichkeit wird nicht opponiert.

Martin Heini schlägt vor, die vier Vorstösse nach Traktandum 6 zu behandeln und zwar zuerst die Interpellationen und anschliessend das Postulat Portmann, gefolgt von der Motion Günter.

Der Einwohnerrat ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Kathrin Graber zieht die Dringlichkeit ihrer Interpellation: Weiteres Vorgehen beim Hergiswald-Neubau (Nr. 002/12) zurück. Alle 22 Mitunterzeichnenden des Vorstosses sind einverstanden auf die Dringlichkeit zu verzichten, wenn die Interpellation am 8. November 2012, d.h. vor der geplanten Behandlung der Ortsplanungsrevision am 29. November 2012, beantwortet bzw. traktandiert wird.

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat sowie auch die Geschäftsleitungsmitglieder damit einverstanden sind und die Interpellation bereits für die Einwohnerratssitzung vom 8. November 2012 traktandiert ist.

Weiter teilt der Vorsitzende mit, dass man sich noch bis 15:00 Uhr im Foyer von Beni Anderes fotografieren lassen kann.

Daniel Piazza hat an der Uni St. Gallen den Dokortitel erarbeitet. Zu diesem Erfolg gratuliert im Martin Heini im Namen des Einwohnerrates ganz herzlich. Eine entsprechende Gratulationskarte hat Daniel Piazza erhalten.

3. Protokoll Nr. 9 vom 31. Mai 2012 Protokoll Nr. 10 vom 28. Juni 2012

Protokoll Nr. 9, S. 343

Lothar Sidler beantragt folgende Änderung: *Der Stellenplan ist knapp bemessen. Er entspricht den Vorgaben des VLG, weggelassen hat man aber zusätzliche Stellenprozente, welche der kantonale Projektleiter für „kleine“ KESB vorgeschlagen hatte.*

Dem Änderungsantrag wird nicht opponiert.

Martin Heini stellt fest, dass keine weiteren Änderungsanträge eingegangen sind und die zwei Protokolle mit der vorgehenden Änderung somit genehmigt sind. Er verdankt diese den Protokollführerinnen.

4. Bericht und Antrag: Pensionskasse Gemeinde Kriens - Planungsbericht „Zukunft PKK 2013“ sowie die Genehmigung einer Änderung der Verordnung über die Pensionskasse Ge- meinde Kriens (Art. 43a) Nr. 316/12

Martin Heini begrüsst als Sachverständige Christoph Furrer, Peter Hebeisen und Erwin Lisibach.

Gemäss Roger Erni machte sich die FGK nach einer kurzen Eintretensdebatte mit den Sachverständigen Lis Exner, welches sich für die heute Sitzung leider entschuldigt hat, Peter Hebeisen und dem PK-Experten Christoph Furrer, welcher sich als ausgewiesener stets sehr präsender und kompetenter Fachmann zeigte, an den Bericht und Antrag. Umfassende historische und aktuelle Informationen wurden der Kommission vermittelt. Jeder Input und jede Frage der Mitglieder wurde zufriedenstellend beantwortet. Die FGK ist tief in die Materie eingetaucht und hat am Schluss mit 6:0 Stimmen der zukünftigen Stossrichtung (tendenziell zeigt der Weg in Richtung Anschluss an eine öffentlich-rechtliche Anstalt) zugestimmt. Die FGK hat akzeptiert, dass damit am 1. Januar 2014 die PKK allenfalls übergehen kann in eine „grössere“ PK. Sowohl die Arbeitnehmenden wie auch der Einwohnerrat müssen dem Anschluss dann noch zustimmen. Es ist, wenn der Einwohnerrat diesem Bericht und Antrag zustimmt, die Balmer Etienne, welche vier bis sechs Offerten auf den Tisch zu bringen, zu evaluieren und zu beurteilen hat, damit der Auflösung der PKK auf den 1. Januar 2014 nichts mehr im Wege steht und der Übergang optimal, effizient und rechtlich einwandfrei vollzogen werden kann.

Es macht gemäss Christoph Furrer keinen Sinn, eigenständig zu bleiben. Die rechtlichen Auflagen und die Kosten pro Mitglied sind die beiden Hauptkriterien, welche die Selbständigkeit in Zukunft zu keiner Option mehr werden lassen. Weitere Kriterien, welche gegen die Selbständigkeit sprechen sind:

- Die Arbeitnehmenden haben an einer Konsultativabstimmung mit grosser Mehrheit für einen Anschluss an eine grosse öffentliche PK votiert.
- Der jetzige Geschäftsleiter Peter Hebeisen ist eigentlich schon pensioniert und könnte die Aufgabe bis 31. Dezember 2013 zu einem auch für ihn „schönen, glücklichen Ende“ bringen.

- Die „Einkaufszahlung“ wird nicht so gross ausfallen wie vor drei Jahren noch projiziert. Es ist so, dass Kriens aufgrund der „Kleinheit“ der Kasse viel mehr technische Risikorückstellungen machen muss als eine grössere Kasse.

Die FGK hat den Planungsbericht einstimmig zu Kenntnis genommen. Auch die Weiterführung der Sanierungsmassnahmen waren absolut unbestritten.

Rolf Schmid lobt, bevor er sich im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion zum Planungsbericht und dem damit einhergehenden Bericht und Antrag äussert, den aktuellen Gemeinderat und die ehemalige Gemeindepräsidentin Helen Meyer, dass man sich der Lösung dieses Problems endlich angenommen hat, auch wenn es finanzpolitisch zu absoluten Unzeiten kommt. Hier handelte es sich über Jahre, wenn nicht über Jahrzehnte um gewachsene Altlasten, die notabene fast ähnlich belastende Folgen haben können wie Leichen im Keller.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat den Planungsbericht wie auch Bericht und Antrag ausgiebig diskutiert und ist für Eintreten. Die Fraktion sagte 2008 „A“ in Form eines Ja's zu Sanierungsmassnahmen. Nun muss sie 2012 auch „B“ sagen, denn ein immenser Beitrag der Allgemeinheit zur Sanierung der PK Kriens wurde bereits gesprochen. Nun folgt noch der letzte, bedeutend kleinere Schritt, welcher mit dem ausführlichen Planungsbericht und dem Bericht und Antrag dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Die Fortsetzung der Sanierungsmassnahmen bis Ende 2013 und der Anschluss an eine grosse Vorsorgeeinrichtung sind notwendig, wenn man nur schon das schlechte Verhältnis zwischen Rentner und Aktiven betrachtet. 2.58 aktive Arbeitnehmer finanzieren 1 Rentner. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen.

Die vorgeschlagene Anschlusslösung erachtet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion als die beste Lösung. Sie ist Teil der politisch gewollten Konsolidierung im PK-Wesen, für die PKK-Mitglieder letztlich ein Zugewinn, wenn man nur schon die bedeutend tieferen Verwaltungskosten einer grossen PK wie beispielsweise der LUKP vor Augen führt. Bereits an der Einwohnerratssitzung vom 29. Oktober 2009 favorisierte die Fraktion die Lösung eines Zusammenschlusses mit einer anderen grossen Pensionskasse. Doch pflegte schon das damalige CVP/JCVP-Fraktions-Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, Werner Baumgartner, zu sagen: „*Vergangenheitsbewältigung bringt uns nicht weiter.*“ Der Sprecher fügt dem hinzu: „Nur das Lernen aus der Vergangenheit bringt uns weiter, und das ist heute gefragt!“ Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion geht davon aus, dass der Gemeinderat aufgrund des bestehenden Deckungsgrades bei der Anschlussuche aus einer Position der Stärke in die Verhandlungen mit grösseren PK's geht, und dass sämtliche PK-Mitglieder, ob aktiv oder Rentner, von gleichen Bedingungen profitieren können. Die Bedingungen für einen Anschluss müssen von Anfang klar und transparent sein. Sorgenfalten bereitet der Fraktion das zeitliche Korsett von einem Jahr. Und doch scheint der Gemeinde Kriens aufgrund der bevorstehenden Gesetzesänderung, aufgrund neuer regulatorischen Vorgaben, keine andere Wahl zu bleiben.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis, begrüsst die im Bericht formulierte Absicht, sich per 1. Januar 2014 einer grösseren Vorsorgeeinrichtung anzuschliessen und stimmt wegen der nach wie vor bestehenden Unterdeckung der Pensionskasse der Weiterführung der Sanierungsmassnahmen bis Ende 2013 zu. Rolf Schmid dankt für die Aufmerksamkeit.

Gemäss Peter Portmann ist die SVP-Fraktion für Eintreten zum Bericht und Antrag: „Zukunft PKK 2013“ und nimmt den genannten Bericht positiv zur Kenntnis. Für die SVP-Fraktion ist der Anschluss an eine andere Vorsorgeeinrichtung der einzige gangbare Weg und die richtige Stossrichtung für die PKK. Der Gemeinderat soll möglichst schnell mit anderen Vorsorgeeinrichtungen Verhandlungen aufnehmen und zusammen mit den Organen der PKK der besten Option zustimmen. In den letzten Jahren hat die Komplexität der Vermögensverwaltung stark zugenommen und der Verwaltungsaufwand ist für eine kleine Pensionskasse zu gross. Zudem kommen noch hohe Kosten für EDV und Personal dazu. Darum ist die SVP-Fraktion der

Meinung, dass die PKK mit seinen 300 Mitgliedern zu klein ist, um weiter eigenständig zu bestehen. Die Fortsetzung des Sanierungsbeitrages in der Höhe von 2 % der versicherten Be-
soldung wird für sinnvoll und nötig erachtet. Den jetzigen Zeitpunkt für die Auslagerung der
PKK ist optimal. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler weiterhin für eine unbegrenzte und
dauerhafte Verbindlichkeit gegenüber der PKK gerade stehen muss. Besonders in Zeiten der
leeren Kassen kann kein Gemeinwesen so ein grosses Risiko eingehen. Bei dieser Gelegen-
heit bedankt sich die SVP bei Peter Hebeisen für die interimistische Weiterführung der Pensi-
onskasse. Die SVP-Fraktion wird dem Beschlusstext zu Bericht und Antrag zustimmen.

Thomas Lammer bedankt sich beim Gemeinderat für den umfassenden Bericht. Der vorlie-
gende Bericht und Antrag hat die Verlängerung der Sanierungsmassnahmen bis Ende 2013
und die grundsätzliche Stossrichtung für die weitere Fortführung der PKK zum Inhalt. Die FDP-
Fraktion hat bereits bei der Debatte zur Sanierung verlangt, dass die PK Kriens ihre Autono-
mie aufgibt und sich einer anderen PK anschliesst. Dies wird auch im vorliegenden Bericht als
favorisierte Variante vorgeschlagen. Der voraussichtliche Zeitpunkt wird auf den 1. Januar
2014 fixiert, wobei nach der heutigen Debatte als nächster Schritt die Offerteinholung für ei-
nen Anschluss ansteht. Da die Sanierungsmassnahmen bis zum 31. Dezember 2012 befristet
waren, wird zudem eine Verlängerung beantragt. Die Fraktion begrüsst dies vollumfänglich.
Ebenso ist sie mit der im Bericht aufgezeigten Stossrichtung hin zu einem Anschluss der PKK
einverstanden. Folgende Argumente stehen für die FDP-Fraktion im Vordergrund:

- Die PK Kriens weist mit ca. Fr. 100 Mio. Vermögen eine kritische Grösse für eine selbstän-
dige Weiterführung auf. Zudem ist die Struktur der Destinatäre der PKK relativ ungünstig.
Die Zahl der Rentner ist im Verhältnis zu den Aktiven hoch und steigt weiter.
- Ebenfalls zentral für die Fraktion ist das vorhandene Know How zur Führung einer PK. Die
regulatorischen Anforderungen an die Führung einer Pensionskasse steigen ständig. Hier
das Know How in der Verwaltungskommission und in der Geschäftsführung zu haben, wird
immer anforderungsreicher und schwieriger. Aktuell wird die Geschäftsführung von Peter
Hebeisen wahrgenommen, welcher diese Aufgabe über Jahre innehatte und nach seiner
Pensionierung dieses Engagement befristet weiterführt. Das ist im Moment sicher eine gu-
te Lösung, welche aber nicht auf Dauer ist.
- Ein weiteres Argument für den Anschluss sind die Verwaltungskosten, welche bei der PKK
deutlich über diejenigen der LUPK bzw. der städtischen PK liegen. Diese sollten in einer
grösseren Einheit pro Versicherten tiefer ausfallen, was sich unmittelbar auf die Rendite
auswirkt.

Im Bericht werden verschiedenen andere Argumente angeführt, welche die FDP-Fraktion kri-
tisch hinterfragt.

- So verfügt die PKK sicher nicht über eingeschränkte Diversifikationsmöglichkeiten in ihren
Anlagen mit einem Anlagevolumen von Fr. 100 Mio. Auch wird bei den mit der Grösse ver-
bundenen Schwächen aufgeführt, dass der technische Zinssatz sowie die Umwandlungs-
sätze zu hoch seien. Man kann diese aber durchaus auch anpassen.
- Auch bei den aufgeführten Gefahren handelt es sich grossmehheitlich um allgemeine Ri-
siken, von denen alle Vorsorgeeinrichtungen betroffen sind. So sind eine Finanzkrise,
Schuldenkrise oder tiefe Zinsen Ereignisse, von welchen nicht nur die PKK betroffen ist.

Die PKK weist aktuell einen Deckungsgrad von rund 95 % aus. Die Renditen der letzten Jahre
waren vergleichsweise gut. Es hängt nun davon ab, an welche PK man sich anschliesst, bzw.
wer die PKK bereit ist aufzunehmen. Je nachdem muss der Deckungsgrad im Hinblick auf
einen Zusammenschluss weiter angepasst werden oder es werden Sanierungsmassnahmen
bei der zusammengeschlossenen Kasse nötig. Beides kann nicht ausgeschlossen werden.

Für Peter Fässler ist der vorliegende Planungsbericht über die Zukunft der Pensionskasse
Kriens ein sehr ausführliches, gut verständliches und informatives Dokument. Dies zeigt, dass

die Zukunft der Pensionskasse dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen ist. Ein Anliegen, das für die finanzielle Alters- und Invaliditätsvorsorge der aktiven und der pensionierten oder handi-capierten Gemeindeangestellten von eminenter Wichtigkeit ist. Dafür gebührt dem Gemeinderat der Dank der SP/Juso-Fraktion. Nun steht das Parlament am Scheideweg, der über die Zukunft der Pensionskasse entscheidet. Eigenständigkeit oder Anschluss an respektive Fusion mit einer grösseren Vorsorgekasse. Die Meinung von Gemeinderat, aber auch der Destinatäre der Pensionskasse ist klar für einen Anschluss an eine grössere Pensionskasse. In erster Linie an eine öffentlich-rechtliche. Letzteres ergab die Konsultativabstimmung vom 21. Juni 2012 unter den Mitgliedern der Kasse. Und auch der Personalverband stellt sich hinter diese Lösung. Im Planungsbericht sind die Gründe dafür verständlich dargestellt. Die SP/Juso-Fraktion unterstützt deshalb den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Weg, möglichst schnell Offerten von in Frage kommenden Vorsorgekassen einzuholen. Dabei ist es für die Fraktion wichtig, dass der gesamte Mitgliederstamm, also die aktiven Pensionskassenmitglieder sowie die Rentner in die neue Kasse überführt werden. Keine Option ist für sie der Anschluss an eine private Versicherungsgesellschaft. Dass dies auch für den Gemeinderat nicht attraktiv ist, geht aus dem Bericht hervor. Die SP/Juso-Fraktion ist klar für die Weiterführung der Sanierungsmassnahmen der Pensionskasse bis Ende 2014. Sie stimmt deshalb dem Bericht und Antrag über die Genehmigung der Änderung der Verordnung über die Pensionskasse Kriens zu.

Auch Erich Tschümperlin namens der Grünen begrüsst und verdankt den ausführlichen Bericht. Das Eintreten ist unbestritten. Der Bericht zeigt die Möglichkeiten für die Zukunft der Pensionskasse auf und es zeigt sich einmal mehr, dass es nicht viele sind. Dass eine Versicherungslösung kaum in Frage kommt, ist nun bekannt. Dass die Eigenständigkeit immer schwieriger wird für kleine Pensionskassen überrascht nicht, denn die gesetzlichen Anforderungen steigen (auch zum Schutz der Versicherten). Damit stösst das Milizsystem bei einer Pensionskasse an seine Grenzen, denn wie man in den letzten Jahren gesehen hat, sind die Führung und die gesamte Materie einer Pensionskasse sehr komplex. Es ist den Grünen sehr wichtig, dass die Betroffenen mitentscheiden können. Sie haben während der letzten Jahre massive Opfer gebracht; sei dies durch Sanierungsmassnahmen oder durch sehr tiefe Verzinsung ihres Alterskapitals, etc. Da sich die Mitglieder der Pensionskasse Kriens deutlich für einen Anschluss ausgesprochen haben, unterstützen auch die Grünen diesen Weg. Und dass es eine Lösung für alle sein muss, explizit auch für die Pensionäre, steht für die Grünen nicht zur Diskussion.

Die erhoffte Reduktion der Verwaltungskosten wird begrüsst, ist aber sicher nicht das entscheidende Argument, wenn man die gesamten Finanzen der Pensionskasse betrachtet. Wenn behauptet wird, dass nur noch wenige Arbeitnehmer einen Rentner finanzieren, dann hat man das System des Beitragsprimats nicht verstanden. Es gibt kein Umlageverfahren. Jeder spart für sich. Die Rentner müssen sich also keine Gedanken machen. Dies ist somit auch kein Grund für oder gegen einen Anschluss. Die Grünen begrüssen auch die Weiterführung der Sanierungsmassnahmen, nur eine ausfinanzierte Kasse ist ein interessanter Partner für einen Anschluss.

Ein Punkt der auffällt ist, dass einmal mehr mit der Grösse der Kasse argumentiert wird und dies ein Nachteil sei. Einmal mehr wird die Eigenständigkeit zugunsten einer grösseren Organisation aufgegeben. Die Eigenständigkeit ist also nicht immer die einzige Lösung – manchmal geht es zusammen mit anderen sogar besser.

Die Grünen und die Jungen Grünen unterstützen den Planungsbericht und den Bericht und Antrag einstimmig und wünschen der PK Kriens viel Glück in der Zukunft.

Martin Heini stellt fest, das Eintreten unbestritten ist.

Paul Winiker erklärt anhand einer Power-Point-Präsentation kurz den geschichtlichen Verlauf der Pensionskasse Kriens. Dank dem der Einwohnerrat im Jahr 2009 einer Teilausfinanzierung zugestimmt hatte und sich die Arbeitnehmenden gleichzeitig zu einem Sanierungsbeitrag verpflichtet haben, weist die PKK einen Deckungsgrad von knapp 95 % auf. Mit der Zustimmung des Sanierungsbeitrages legte der Einwohnerrat bereits fest, dass ihm bis Ende 2012 ein Konzept für eine dauerhafte Sanierung vorgelegt werden muss. Die Herausforderung an eine PK in der Zukunft ist geprägt durch ein schwieriges wirtschaftliches Umfeld, Finanzierungsprobleme, die Umsetzung der Strukturreform sowie die hohen gesetzlichen Anforderungen. Der Sprecher dankt Lis Exner als Leiterin der Arbeitsgruppe und allen Mithelfenden für die Erarbeitung den nun vorliegenden detaillierten Planungsberichts. Der Gemeinderat kam zusammen mit der Verwaltungskommission der PKK nach einer umfassenden Situationsanalyse zum Schluss, dass der Anschluss an eine grössere Vorsorgeeinrichtung der richtige Weg ist. Die Stärken sind tiefere Verwaltungskosten, guter Risikoausgleich, professionelle Vermögensverwaltung und ein grosser verlässlicher Arbeitgeber trägt die Hauptverantwortung mit. Als Schwäche wird das Verlorengehen des direkten Einflusses auf die Vermögensanlagen genannt, wie auch ein möglicherweises Verschwinden der Solidarität unter den Arbeitgebern. Und je nach Variante sind Einkäufe durch die Gemeinde erforderlich. Daraus ergibt sich für den Gemeinderat folgendes Fazit: Der Anschluss an eine grössere Kasse ist der richtige Weg. Die Pensionskasse Kriens bräuchte über 1'000 Versicherte, damit sie selbständig bestehen bleiben kann. Zudem ist Kriens zurzeit im Umbruch und die Pensionskasse wird in einer Art Milizsystem geführt. Diese könnte sicher nicht mehr in dieser Art weitergeführt werden. Zu den Erwartungen und Erwägungen aus Sicht des Personalverbandes wird das Wort an Erwin Lisibach erteilt.

Für Erwin Lisibach sind folgende drei Punkte wichtig:

1. Der Personalverband ist wie die Arbeitnehmervertretenden sehr an einer nachhaltigen Lösung interessiert.
2. Der Personalverband verfolgt das Ziel, dass Beiträge und Leistungen analog wie bisher bleiben.
3. Das Problem der Ausfinanzierung muss endgültig gelöst und darf nicht aufgeschoben werden.

Gemäss Christoph Furrer steht die Pensionskasse vor einer grossen wirtschaftlichen Herausforderung. Wie bereits erwähnt, müssen die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Die tiefen Zinsen verunmöglichen faktisch das Erzielen der Sollrendite von rund 4 %, die notwendig wäre, um den Deckungsgrad zu erhalten. Bei zu hohen Zinserwartungen und zu hohen Umwandlungssätzen wird auch die PKK auf lange Sicht mit ihrem finanziellen Gleichgewicht kämpfen müssen. Darum muss der Einwohnerrat heute entscheiden, ob die PK autonom weitergeführt werden oder ob sie sich einer grösseren PK anschliessen soll. Es gibt nie eine 100 % richtige Lösung. Aus heutiger Sicht geht es um das Abwägen der Vor- und Nachteile der beiden Varianten. Es ist keinesfalls so, dass nur die PK Kriens Probleme hat. Der Sprecher kennt kein anderes Gesetz als das BVG, welches in letzter Zeit so häufig geändert wurde. Fakt ist, dass wenn man autonom bleiben will, die gesetzlichen Bestimmungen bis am 1. Januar 2014 umgesetzt werden müssen. Christoph Furrer steht hinter dem Entscheid der Verwaltungskommission und wird diese auch weiterhin mit Rat und Tat unterstützen.

Paul Winiker dankt den zwei Sprechern für ihr Votum. Er weist darauf hin, dass wenn der Einwohnerrat dem Beschlusstext zustimmt, entsprechende Offerten für einen Anschluss eingeholt werden. Im Frühling/Sommer 2013 wird dann dem Einwohnerrat ein Bericht und Antrag vorgelegt, womit er endgültig entscheiden kann, welcher Vorsorgekasse sich die Pensionskasse Kriens anschliessen soll. Die Sanierungsmassnahmen laufen bis 31. Dezember 2013 weiter.

Martin Heini stellt fest, dass bei der **Detailberatung** keine Fragen gestellt werden. Es werden keine Anträge gestellt und Rückkommen wird nicht verlangt. Somit liest der Vorsitzende den **Beschlussestext**:

1. *Die Änderung von Art. 43a Abs. 3 der VoPKK mit Weiterführung der Sanierungsmassnahmen gemäss Art. 43 VoPKK bis 31. Dezember 2013 wird genehmigt.*
2. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 316/12:
Der Beschlussestext wird einstimmig genehmigt.

Martin Heini bedankt sich bei den drei Sachverständigen und verabschiedet diese.

5. Bericht und Antrag: Planungsbericht „Finanzielle Entwicklung und Steuerung der Gemeinde Kriens“ Nr. 317/12

Gleichzeitig werden folgende Vorstösse behandelt (im Bericht und Antrag integriert):

- **Postulat Konrad: Kostendeckungsgrad Heime Kriens** Nr. 269/11
- **Postulat Konrad: Klassengrössen** Nr. 270/11
- **Postulat Tanner: Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens** Nr. 280/11
- **Postulat Müller: Elternbeiträge der Musikschule Kriens am Durchschnitt der Agglomerations-Gemeinden** Nr. 291/12
- **Motion Konrad: Rahmenbedingungen für die Finanzplanung bis 2018** Nr. 294/12
- **Interpellation Kalt: Arbeitsintegrationsprojekte** Nr. 311/12

Zu diesem Geschäft begrüsst Martin Heini den Sachverständigen Beat Fallegger.

Gemäss Roger Erni erhielt die FGK nach einer sehr kurzen und klaren Eintretensdebatte von Paul Winiker viele nützliche Infos aus dem Finanzbereich (historisch aktuell und prospektiv). Die Diskussion der FGK fand in folgenden Bereichen statt:

- Das Zahlenmaterial wurde verdankt; als Mutig bezeichnet und aufgrund der vorgelegten Zahlen und Prognosen der grossen Sorge um den Finanzhaushalt Ausdruck gegeben.
- Die Schlössli-Gespräche mit allen Fraktionschefs und Parteipräsidenten sollen am 22. Oktober 2012 helfen, ein überparteiliches Agreement; einen Kompromiss zu finden, welcher in den letzten zwei Budgetabstimmungen nicht gegeben war bzw. gegeben war aber gebrochen wurde.
- Die Finanzen sollen nicht nur saniert sondern nachhaltig saniert werden, fordert die FGK mit Nachdruck. Es wurde im Plenum länger über die „Sanierungslücke“ von 2 Steuerzehnteln diskutiert und argumentiert; der Präsident sah aber im Sinne des oben angesprochenen Kompromisses und der unrealistischen Durchsetzbarkeit dieser Variante davon ab, eine Bemerkung oder sogar einen Antrag zur Variante 2 der Motion Konrad zu formulieren.
- Auch hat sich die Kommission über die angefügten parlamentarischen Vorstösse unterhalten. Die FGK wird am Schluss der Beratung bei der Abstimmung über den Planungsbericht einbringen, dass das Postulat Tanner nicht abgeschrieben wird. Der Sprecher wird beim Fraktionsstatement noch auf dieses Postulat eingehen.

Die FGK diskutierte lange über die Opfersymmetrie bei dem geplanten „Sparprogramm 2013 – Beilage 6“ und wird an gegebener Stelle zwei Bemerkungen, welche bereits in den Unterlagen vorhanden sind, zur Abstimmung bringen.

Bemerkung 1 Seite 27: Gemeinderat

Die FGK ist mit 3:2 Stimmen nicht einverstanden mit dem Willen des Gemeinderates, sein eigenen Pensen um 10 % zu kürzen. Die Arbeit hat einen Wert und soll dementsprechend entlohnt werden. Die Arbeit muss gewährleistet werden. Und weiterhin soll qualitative Arbeit möglich sein.

Bemerkung 2 Seite 27: Einwohnerrat – Fraktions –und Parteienentschädigung

Die FGK sieht die Gefahr durch diese Massnahmen, dass das Partei-System, ein wichtiges demokratisches Mittel ausgehöhlt wird. Wie sieht die Zukunft der Parteien aus? Man wird noch weniger freiwillige, engagierte und fähige Politiker finden in einer Kommune. Vor allen für kleine Parteien ist dies sehr gefährlich. Die FGK-Kommission sprach sich mit 4:1 Stimmen für diese Bemerkung aus.

Am Schluss wurde der Planungsbericht von drei Mitgliedern ausdrücklich „zustimmend“ und von zwei Mitgliedern „nur“ zur Kenntnis genommen. Der Präsident hat bei der Abschreibung des Postulates Tanner separat abstimmen lassen. Dort haben sich die Mitglieder wie folgt geäußert: 1 Mitglied ist für abschreiben; 3 Mitglieder stimmten für die Nicht-Abschreibung des Postulates und ein Mitglied enthielt sich der Stimme.

Martin Heini betont, dass Bemerkungen immer schriftlich einzureichen sind, so wie dies Roger Erni vorgängig gemacht hat.

Da Christine Kaufmann-Wolf, Präsidentin der BiK, nicht an der BiK-Sitzung teilnehmen konnte, weil sie im Ausland weilte, erteilt der Sprecher Alex Hahn als Vize-Kommissionspräsident der BiK das Wort.

Alex Hahn stellt namens der BiK klar, dass sowohl an der Volksschule Kriens wie auch an der Musikschule Kriens die Schülerzahlen der vergangenen Jahre markant gesunken sind. Allerdings nimmt gemäss Prognose die Zahl der Primarschüler längerfristig wieder zu. Mit dem zusätzlichen Angebot des Zweijahreskindergartens erhöhen sich auch hier die Schülerzahlen und auch die Anzahl der Abteilungen. Ein weiterer Faktor ist die integrative Förderung, die ab 2013 eingeführt werden muss und der Gemeinde weitere Kosten verursacht. Zu bemerken ist, dass die Bildungskosten seit 2010 im Verhältnis der Schülerzahlen sinken, allerdings auf einem höheren Niveau. Die BiK hat am 18. September 2012 intensiv und objektiv getagt und ist zum Schluss gekommen, dass das Ende der Fahnenstange nun erreicht ist. Weitere Sparmassnahmen gehen nur noch auf Kosten der Lernenden und der Qualität des Schulunterrichtes.

Zu den Postulaten:

Postulat Konrad (Klassengrössen): Der Sprecher fordert den Rat auf, sich vorzustellen, dass ihr eigenes Kind am Ende der 3. Primarschule plötzlich in eine andere Klasse versetzt wird, in ein anderes Schulhaus mit einem plötzlich anderen und weiteren Schulweg. Würde man dies so einfach tolerieren? Ein Aufstand der Eltern würde wohl zu Recht erfolgen. Klassengrössen sind ein wesentlicher Faktor der Qualität. Sie unterscheiden sich auch nicht wesentlich von den Klassengrössen der Stadt Luzern. Eine Veränderung der Klassengrössen und damit eine Reduzierung der Klassen oder Abteilungen ist bestenfalls im Übergang vom Kindergarten in die Primarschule oder von der Primarschule in die Sekundarschule möglich. Dies ist auch im Sinne der Schulleitung. Es erfordert aber flexiblere Schulkreise. Dies wird heute schon so praktiziert. Die integrative Förderung wird die Gemeinde Kriens in absehbarer Zeit Mehrkosten

verursachen. Sie wird zu einer grossen Herausforderung werden, auch aus diesem Grund sollen die bestehenden Klassengrössen im Moment so bleiben, wie sie sind.

Postulat Müller (Elternbeiträge der Musikschule am Durchschnitt der Agglomerationsgemeinden): Eine Erhebung zeigt, dass sowohl Luzern wie auch andere Gemeinden aufgrund der Finanzlage die Elternbeiträge anheben müssen. Die Differenz zur Musikschule Kriens ist damit kleiner geworden. Die BiK empfiehlt daher, keine Anpassungen vorzunehmen.

Einen kleinen positiven Punkt hat die BiK zu vermerken. Der Kostenteiler gegenüber dem Kanton ist leicht angehoben worden und zwar von 22,5 % auf 25 %. In Anbetracht der enormen Kosten, die wiederum auf die Gemeinde zukommen und auch der Verpflichtung gegenüber der jungen Generation für eine umfassende und qualitativ gute Ausbildung, fordert die BiK den Gemeinderat auf, mit dem Kanton das Gespräch um eine finanzielle Entlastung zu suchen. Vielleicht ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, den Kostenteiler zu Lasten des Kantons weiter anzuheben. Die BiK unterstützt den Bericht und Antrag ohne wenn und aber.

Martin Heiz namens der BK dankt dem Gemeinderat für die enorme Arbeit, umfasst der Bericht doch über 100 Seiten. Die BK hat sich mit den baurelevanten Punkten in diesem Planungsbericht befasst. In der Beilage zum Bericht und Antrag wurden die einzelnen Budgetposten erläutert. Die Kommissionsmitglieder wurden von Matthias Senn sehr gut über diese Punkte informiert. Dank diesen guten Informationen konnte die Sitzung kurz gehalten werden. Die BK ist mit den aufgeführten Kürzungen in ihrem Bereich einverstanden und nimmt den vorliegenden Bericht und Antrag zur Kenntnis.

Gemäss Hans Gartmann wurde in der SGK über die kommissionsrelevanten Punkte des vorliegenden Planungsberichtes detailliert informiert. Der Kostendeckungsgrad der Heime ist nicht optimal und soll verbessert werden. Es ist eine Frage des Bewohnermixes bzw. sind 30 % nicht KVG-pflichtig. Die Frage der Spezialfinanzierung ist in Arbeit und muss gelöst werden. Grundsätzlich ist man mit der Strategie und Stossrichtung einverstanden. Die Steuererhöhung um 1/10 Einheiten war keine Diskussion. Alle Fragen betreffend Sparmassnahmen konnten zur Zufriedenheit beantwortet werden. Die Pflege ist gewährleistet und auch die Hygienenvorschriften werden eingehalten. Es ist nicht so, dass bei einem Stellenabbau für die Pflege der Bewohnerinnen und Bewohner nicht mehr genügend Zeit aufgewendet werden kann. Die vorgeschlagenen Sparmassnahmen müssen umgesetzt werden. Es gibt keine Abstriche und es wird dadurch nichts vernachlässigt. Die SGK stimmt den Planungsbericht zu.

Pascal Meyer stellt fest, dass auch die USK den Planungsbericht und dessen Beilagen diskutiert hat. Die USK begrüsst grundsätzlich die Strategie zur Rettung der Krienser Finanzen des Gemeinderates, welche aus Verzichts- und Sparmassnahmen, sowie der Einnahmeerhöhung besteht. Konkreter hat sich die USK mit den Positionen befasst, welche das USD betreffen. Bei der Öffentlichen Sicherheit gab der Punkt zu reden, bei dem der Jahresbeitrag an die Zivilschutzorganisation Pilatus aus dem Ersatzbeitragskonto bezahlt werden sollte. Nach Angaben von Cyrill Wiget ist auf diesem Konto Geld, welches aus Kompensationsbeiträgen für nicht gebaute Zivilschutzanlagen besteht. Nach der Zahlung des Beitrages wären in diesem Konto noch ca. 0.5 Mio. Franken enthalten. Dies kann nur eine einmalige Aktion sein, um die Krienser Finanzen zu entlasten. Die geplanten Sparmassnahmen beim Sicherheitsdienst im Bellpark, in den Heimen und bei den Schulanlagen werden mit einem geplanten Rückgang des Sicherheitsdispositives erklärt, welches nach Bedarf wieder erhöht werden kann. Die USK kann dies akzeptieren. Im Bereich Kultur und Freizeit wurde über die moderate Erhöhung Eintrittspreise des Parkbades Kleinfeld diskutiert. Die USK begrüsst einen ökonomisch professionellen Umgang mit diesem Thema und empfiehlt, den Planungsbericht zur Kenntnis zu nehmen und die Vorstösse Konrad (Nr. 294/12) und Tanner (Nr. 280/11) abzuschreiben.

Kathrin Graber erwähnt, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Mix-Strategie des Gemeinderates mit Verzicht-, Spar- und Verbesserungsaufträgen und einer Steuererhöhung von 1/10 Steuereinheiten unterstützt. Die Gemeinde hat sich durch diese Steuersenkerei, obwohl die Zeichen bereits auf Rot standen, in diese finanziell miserable Situation gebracht. Nun muss in diesen sauren Apfel gebissen werden, wenn die Gemeinde Kriens das übergeordnete Ziel erreichen, ihre Finanzen wieder ins Lot bringen und als selbstständige Gemeinde in Zukunft weiter bestehen will. Wenn sich die Parteien nicht zusammenraufen, stehen in Kriens noch einschneidendere Massnahmen zur Diskussion, die eindeutig die Attraktivität von Kriens schmälern, z.B. Streichung der Beiträge an die Vereine, Verzicht auf die Weiterführung der Leistungsvereinbarung mit dem Museum im Bellpark, Schliessung des Jugendraumes Freiraum, Streichung des Beitrags an die Sonnenbergbahnli, was wohl das Aus für diese Attraktion im Naherholungsgebiet Sonnenberg bedeuten würde.

Die Fraktion begrüsst es, wenn alle Bereiche in der Verwaltung ihre Sparanstrengungen symmetrisch erbringen. Bereits das vierte Jahr hintereinander muss der Einwohnerrat Sparpakete beschliessen. Wichtig erscheint der Fraktion, dass auch die bereits früher erbrachten Sparanstrengungen in den einzelnen Departementen berücksichtigt werden. Kriens schab nämlich in der Zwischenzeit wirklich am Knochen. Die vorliegenden Sparmassnahmen im Umfang von insgesamt 1,8 Mio. Franken zeigen, wie schwierig es geworden ist, kurzfristige Sparmassnahmen in grösserem Umfang zu treffen. Dies ist aber auch damit zu erklären, dass der Spielraum der Gemeinde sehr klein ist und die freiwilligen Leistungen insgesamt 3,2 Mio. Franken betragen. Damit die Fraktion zu den einzelnen Sparmassnahmen fundiert Stellung nehmen kann, möchte sie zuerst die konkreten Zahlen des Budgets 2013 kennen. Zu den einzelnen Massnahmen kann sie immerhin bereits Folgendes festhalten:

Es erscheint der Fraktion richtig, dass auch der Gemeinde- und Einwohnerrat seinen Sparbeitrag leistet. Allerdings weist aus Sicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Kürzung von 10 Stellenprozenten beim Gemeinderat in die falsche Richtung. Es ist dies nämlich eine Pensenkürzung ohne Leistungsabbau. Auch die Sparmassnahmen im Einwohnerrat von insgesamt Fr. 45'000 setzen aus ihrer Sicht das falsche Signal. Auch wenn die Mitglieder sich nicht wegen dem sonst schon geringen Salär wählen lassen, können diese Sparmassnahmen die politische Kultur schwächen und es wird noch schwieriger, Leute zu finden, die für Gotteslohn bereit sind, politische Arbeit zu leisten. Daher wird die Fraktion den beiden Bemerkungen der FGK zustimmen. Zudem fragt sich die Fraktion bei einem Teil der Sparmassnahmen, ob diese nicht später als Bumerang in Form von Mehrkosten auf die Gemeinde zurückkommen könnte. Hier denkt die Sprecherin vor allem an die Sparmassnahme, dass ein Betrag von Fr. 50'000 eingespart werden soll, in dem der Unterhalt bei den Finanzliegenschaften ein weiteres Mal verschoben wird. Die Fraktion will keinen zweiten Fall „Gabeldingen“. Trotz der finanziell schwierigen Situation muss dafür gesorgt werden, dass Kriens gegenüber anderen Agglomerationsgemeinden attraktiv und konkurrenzfähig bleibt. Dies hat der Einwohnerrat teilweise selbst in der Hand, indem er Kriens nicht in Leserbriefen völlig zu Unrecht schlecht macht (vgl. Leserbrief Schwimmbad). Oder man lässt die Richtgrösse für die Klassengrösse, damit man qualitativ nach wie vor ein gutes Bildungswesen anbieten kann. Oder man sorgt dafür, dass sich die Elternbeiträge der Musikschule am Durchschnitt der Agglomerationsgemeinden orientieren. Bei den Vorstössen, welche im Bericht abgehandelt werden, ist die Fraktion der Auffassung, dass das Postulat Tanner nicht abgeschrieben werden kann, weil das Instrument der Schuldenbremse noch nicht einmal in seinen Grundzügen vorliegt. Die Fraktion will für die Zukunft nachhaltig wieder positive finanzielle Perspektiven schaffen. CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist überzeugt, dass dies das Anliegen von allen im Einwohnerrat ist. Es wird die grosse Herausforderung des Gemeinderates und von allen Fraktionen sein, die Krienserinnen und Krienser von dieser Strategie zu überzeugen, damit die Gemeinde Kriens für die Zukunft nicht Schiffbruch erleidet. Man muss sich also quer durch alle Parteien zusammenraufen, das Parteibüchlein zur Seite legen und diese Einigkeit nicht nur bei den Schliessgesprächen, sondern auch in der Öffentlichkeit, beispielsweise durch eine gemeinsame Medienkonferenz, demonstrieren. Abschliessend dankt die Fraktion dem Gemeinderat und der Verwaltung für den Bericht und die gute Dokumentation.

Aus all diesen Gründen nimmt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis.

Peter Portmann namens der SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Erstellung des Planungsberichts und der mutigen Zusammenstellung der Sparmöglichkeiten in der Beilage. Letztlich werden die Entscheide bei den Budgetberatungen beschlossen. Der Bericht soll dem Einwohnerrat als Leitfaden für die Budgetverhandlungen dienen. Die katastrophale Lage der Gemeindefinanzen gibt Anlass zu grosser Sorge. Auf den 22. Oktober 2012 sind wieder Schölligespräche angesagt. Diesmal geht es nur um die Krienser Finanzen. Die SVP-Fraktion könnte sich vorstellen, schon im Vorfeld der Budgetdebatte gewisse Agreements mit anderen Fraktionen zu vereinbaren. Mit Vereinbarungen könnten auch die endlosen Diskussionen in der Budgetdebatte vermieden werden. Wie der Sprecher bereits in der FGK erwähnt hat, wird die SVP-Fraktion einer eventuellen Steuererhöhung zustimmen, aber nur, wenn die SVP nicht von einer anderen Partei rechts überholt wird. Sollte dies aber der Fall sein, wird die SVP im Vorfeld der Budgetabstimmung einer Steuererhöhung nicht zustimmen. 1/10 Steuereinheiten werden für eine nachhaltige Sanierung der Gemeindefinanzen nicht genügen. Unter dieser Tatsache kommt Kriens um weitere Sparmassnahmen nicht herum. Sparmassnahmen müssen ergriffen werden, denn es muss dem Volk unmissverständlich klar mitgeteilt werden, dass auch bei den Ausgaben gespart wird. Es ist auch zu beachten, dass die Bevölkerung in den letzten Jahren Mehrbelastungen erdulden musste, wie z.B. Krankenkassenprämien, hohe Mieten, höhere Mehrwertsteuern und Abgaben. Auch der grösste Teil der Rentner haben in den letzten Jahren kaum Teuerungsausgleich bekommen. Was, wenn eine Steuererhöhung beim Volk nicht angenommen wird? Dann stehen der Gemeinde die möglichen Kürzungen zur Verfügung, welche in der Beilage zum Planungsbericht stehen. Die SVP erachtet die Beilage des Planungsberichtes als Plan „B“, falls das Budget zum dritten Mal abgelehnt wird. Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht mit Zustimmung zur Kenntnis.

Gemäss Roger Erni fordert die FDP, dass dieser Planungsbericht präzisen Einfluss in das Budget 2013 findet, welches der Einwohnerrat am 13. Dezember 2012 behandeln wird. Die FDP unterstützt die Richtung des Gemeinderates. Das 4-Säulen-Prinzip ist das Richtige. Der eingeschlagene Weg (2010) muss weiterverfolgt werden. Klar, dass durch den Miteinbezug der Bevölkerung die Gemeinde die Zustimmung zur Strategie insbesondere zur Steuererhöhung vom Volk direkt holen will. Der Sprecher glaubt und alle, die dabei waren sind sich einig, es war ein gelungener Start in dieses Projekt Anfang September.

Die Position der FDP zur letzten Steuererhöhung 2011 war richtig. So wurde der Druck aufrechterhalten und die Einsparungen im Bericht gemäss Beilage 6 von Fr. 1.8 Mio wären wahrscheinlich nicht so hoch ausgefallen. Auch war dies eine einwohnerrats-technische Geschichte, bei welcher die FDP eine Super-Figur machte. Geschlossen stellte sie sich als einzige Partei gegen eine Steuererhöhung.

Die Vorzeichen stehen jetzt auf Steuererhöhung. Auch die Stadt sucht mehrere Dutzend Mio. Franken. Die Gemeinden sind am „zahnen“. In einem NLZ-Bericht vom 6. September 2012 wird „Die Idee der Umverteilung der SNB-Millionen auf die Gemeinden“ verlangt. Dies kommt natürlich auch bei der FDP sehr gut an. Nur muss man aus Krienser Sicht dafür besorgt sein, dass der Verteilschlüssel nach Anzahl Einwohner vorgenommen wird. Die Fraktion steht fast geschlossen hinter der Steuererhöhung 2013 von 1/10 Einheiten. Die FDP ist aber klar gegen eine allfällige zweite Steuererhöhung. Kriens muss jetzt - nicht nur mit der Steuererhöhung - die Finanzen sanieren, um dann mit ein wenig Glück und Wachstum wieder nach vorne liegen und Gas geben zu können.

Wichtig für die Detailberatung ist, dass die FDP keine einzige dieser in der Säule 1 des Massnahmenpakets befindliche Massnahme kommentiert. Das Paket ist entscheidend und die FDP steht voll hinter dem Massnahmenpaket. Hier geht es um Effizienzsteigerung, um Leistungsabbau und um einzelne Tarifierhöhungen. Der Mix stimmt und unpassende Sparmassnahmen

wurden vom Gemeinderat in den roten Bereich der Beilage 6 gesetzt. Die FDP wird sich bei allen Punkten konsequent zurückhalten und dem Gemeinderat und der Verwaltung den Rücken freihalten.

Für den ausführlichen und viel bringenden Bericht zur Motion Konrad dankt der Sprecher. Die aufgezeigten Varianten inkl. der zukünftigen Stossrichtung kann die FDP nachvollziehen und wird unterstützt.

Das Postulat Tanner jetzt abzuschreiben, nur weil der Gemeinderat auf der Seite 56 des Planungsberichtes schreibt: „*Der Gemeinderat begrüsst die Schuldenbremse, jedoch erst nach Sanierung der Gemeindefinanzen.*“, macht für die FDP überhaupt keinen Sinn. Das Postulat soll eben nicht abgeschrieben werden, weil es keinen Sinn das Postulat abzuschreiben und zuzuwarten, bis die Finanzen saniert sind. Die Zeit bis zur Einführung soll für ein Konzept mit Ausarbeitung von Gesetz, Verordnung oder Reglement genutzt werden, so dass die Schuldenbremse zur gegebenen Zeit zügig umgesetzt werden kann. Wenn das Postulat abgeschrieben wird, passiert im Moment gar nichts mehr und nach der Sanierung der Finanzen wird erst ein Konzept erstellt. So würde man wertvolle Zeit verlieren. Die FDP Kriens steht für so wenig Staat wie möglich, aber soviel Staat wie nötig. Und heute hat der Staat mehr Kommunalsteuern nötig. Die FDP stellt sich dem Kompromiss, ist konstruktiv und wird diesen Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Yanik Kloter ist sehr froh, heute hier stehen zu können und über die Zukunft der Gemeinde Kriens zu diskutieren. Kriens hat eine Perspektive, eine Zukunft über die es zu reden lohnt. Dies ist ein Privileg. Wenn man dieses nicht verlieren will, muss gemeinsam einen gangbaren Weg gefunden werden, um die Gemeindefinanzen zu sanieren, die Gemeinde Kriens wieder handlungsfähig zu machen und die Gemeinde für die Zukunft gut aufzustellen. Es scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, an dem einzelne Individuen, einzelne Personengruppen und einzelne Parteien nichts mehr an der Misere ändern können. Gefragt ist ein Schulterschluss in der Gesellschaft, gefragt ist die Zusammenarbeit ganz verschiedener Gruppen sowie die Solidarität eines jeden Mitbürgers. Die finanzielle Notlage von Kriens ist nur gemeinsam zu korrigieren. Es bedarf notgedrungenermassen eine Steuerkorrektur um mindestens 1/10 Steuereinheiten. Der Einwohnerrat muss es gemeinsam mit der Regierung fertig bringen, diese notwendige Steuerkorrektur auch der Krienser Bevölkerung nahelegen. Dann ist aber lediglich das notwendige Übel beschlossen, um noch schlimmeren Folgen zu entgehen. Kriens hat dann erst die Korrektur politischer Fehlentscheidungen der Vergangenheit beschlossen. Fehler die entstanden sind, weil man nicht genug langfristige Gedacht hat. Diese Fehler dürfen nicht nochmals passieren.

Die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Massnahmen wurden von der SP/JUSO-Fraktion zur Kenntnis genommen und ausgiebig diskutiert. Die SP/JUSO Fraktion vermisst die Langfristigkeit der Massnahmen. In erster Linie ist sie nicht damit einverstanden, dass die nicht mehr im übermass vorhandenen Landreserven zur Sanierung des strukturellen Defizits aufgelöst werden sollen. Dies würde den wahren Ausverkauf der Gemeinde Kriens darstellen. Wird Boden verkauft, verliert Kriens jegliche demokratische Kontrolle und es bleiben langfristige Einnahmen in Form von Baurechtszinsen verwehrt. Die durchaus hohe Bedeutung der Gebiete Matenhof sowie der anderen Parzellen, nicht nur für Kriens sondern für die gesamte Stadtregion, spricht gerade dafür, die Kontrolle dieser strategisch wichtigen Orte nicht aus der Hand zu geben, sondern zu behalten. Aus diesem Grund steht die SP/JUSO-Fraktion nicht hinter diesem kurzfristigen und nicht nachhaltigen Pfeiler der gemeinderätlichen Strategie zur Gesundung der Gemeindefinanzen.

Gemäss Erich Tschümperlin begrüssen und verdanken die Grünen den ausführlichen Bericht. Das Eintreten ist unbestritten. Der Bericht fast zusammen, was man schon lange weiss und in der einen oder anderen Form bereits gesehen hat. Trotzdem braucht es diesen Bericht, es braucht eine gemeinsame, akzeptierte Grundlage als Startpunkt für die notwendigen Mass-

nahmen. Die Haltung der Grünen zu den massiven Steuersenkungen ist bekannt. Aus diesem Grund möchte der Sprecher heute nur kurz auf einzelne Punkte eingehen und dann auch noch etwas zur Pressearbeit und zum Abstimmungstermin sagen.

Es steht wieder einmal die Variante Sparen und Steuererhöhung zur Debatte. Logisch denkt man sich, man kann nicht nur die Steuern erhöhen. Wenn man die neunseitige Liste mit den Sparmassnahmen und den Planungsbericht durchliest, sieht man, dass die Gemeinde Kriens die letzten Jahre massiv gespart hat und zwar ohne auf der Einnahmenseite auch nur einen Bruchteil davon zu realisieren. Beim viel zitierten „4-Säulen-Prinzip“ sind noch nicht alle vier Säulen zum Tragen gekommen. So haben sich das die Grünen nicht vorgestellt. So bleibt die Strategie einseitig und wenn nicht alle Säulen tragen, auch nicht tragfähig. In den letzten zwei Jahren haben die Grünen dies mitgetragen und Einsparungen akzeptiert, aber immer unter der Voraussetzung, dass bei den Einnahmen auch was gemacht wird. Die neuen Sparanträge werden sie bei der Budgetdebatte kritisch prüfen und behalten sich vor, Anträge für Streichungen zu stellen. Das Problem sitzt viel tiefer und hat ganz andere Grössenordnungen als ein Pflästerli, wie z.B. die Erhöhung des Badieintritts. Nachdem das Volk die Steuererhöhung abgelehnt hat, hat der Gemeinderat jeweils nur noch das Sparpaket umgesetzt. Dieses Mal möchten die Grünen vorher wissen, wie es im schlimmsten Fall nachher weiter geht. Was wird der Gemeinderat machen, wenn die Steuererhöhung an der Urne scheitert? Wird er das zweite Budget mit oder ohne Steuererhöhung vorlegen? Im vollen Bewusstsein, dass Kriens ohne handlungsunfähig wird, müsste er nach Ansicht des Sprechers auch das zweite Budget mit einer Steuererhöhung vorlegen. Alles andere wäre auch nicht glaubwürdig. Wenn man zurückschaut, sieht man, dass Kriens den Zeitpunkt für wirksame Massnahmen verpasst hat. Daraus sollte man etwas lernen; die notwendigen Massnahmen zur richtigen Zeit – auch wenn es weh tut. Und hier geht es nicht ums Sparen, sondern um die Einnahmen. Die vorgeschlagene Steuererhöhung ist nicht einmal eine lebenserhaltende Massnahme. Sie reicht nicht aus, um die Gemeinde Kriens am Leben zu erhalten. Mit diesen Defiziten blutet Kriens aus. Es braucht mehr, damit die Gemeinde wieder handlungsfähig wird und auch wieder einen minimalen Spielraum erhält. Der Gemeinderat tönt dies an, schlägt aber aus Angst eine Etappierung der Steuererhöhung vor. In zwei, drei Jahren ist man sich dann vielleicht auch wieder einig, dass diese zu spät kommt. Nach Meinung der Grünen braucht es beide Steuerkorrekturen und zwar jetzt. Das wäre mutig, ehrlich und konsequent - wenn man den Bericht ernst nimmt. Die Grünen bitten alle Parteien, sich dies mindestens einmal kurz zu überlegen und den Abwehrreflex kurz zu unterdrücken, denn es geht um die eigenständige Gemeinde Kriens. Alle Parteien haben eine nachhaltige Sanierung gefordert und gesagt, dass 1/10 Steuererhöhung nicht ausreicht.

An dieser Stelle will der Sprecher vom Gemeinderat wissen, weshalb Kriens eine derart schlechte Presse hat? Wenn man den Artikel in der NLZ zur Steuererhöhung in der Stadt Luzern vom 12. September 2012 liest, kann man feststellen, dass sich Kriens sehr schlecht verkauft. Dort werden Listen mit Massnahmen präsentiert, der Bevölkerung wird klaren Wein eingeschenkt und die Konsequenzen sind tabellarisch klar, einfach und verständlich dargestellt. Im Artikel zu Kriens vom 7. September 2012 stehen gar falsche Informationen. Wie ist das möglich? Werden solche Artikel nicht gegengelesen? Gab es keine begleitende Pressemitteilung und wurde das Zahlenmaterial nicht für die Presse in Form von Tabellen, Kernaussagen, etc. aufbereitet? Die Veranstaltung „Wir sind Kriens“ ist gut gestartet und ein wichtiger Pfeiler der Kommunikation, droht aber zu verpuffen, wenn sich die Gemeinde in den Medien nicht besser verkauft.

Eine Koordination der Abstimmung mit der Stadt Luzern wäre nach Meinung der Grünen wichtig und kann durchaus Einfluss auf die Abstimmung haben. Wenn das Thema in den Medien und der Bevölkerung breit diskutiert wird, wäre die Einsicht, dass Kriens nicht alleine ist und der Vergleich mit der Stadt hilfreich. Zudem ist Kriens zu lange ohne Budget und im Falle einer Ablehnung noch viel länger. Die Grünen bedauern es sehr, dass der Gemeinderat das Budget und die Abstimmung nicht zur richtigen Zeit vorlegen kann.

Es ist sehr schade, dass erst jetzt alle Parteien miteinander den Ernst der Lage erkannt haben. Hätte man vor zwei Jahren richtig reagiert, wäre das Desaster nicht in diesem Ausmass eingetreten. Es sind zwei verlorene Jahre, die die Gemeinde Kriens noch teuer zu stehen kommen. Dass man dies in Kauf genommen hat wegen kurzfristiger Opportunitäten, stimmt den Sprecher mehr als nachdenklich. Denn alle im Rat setzen sich für das Wohl der Gemeinde ein und handeln entsprechend. Vor diesem Hintergrund muss das Mass der Steuererhöhung mindestens noch einmal in dieser Runde diskutiert werden. Die Grünen und die Jungen Grünen unterstützen den Planungsbericht einstimmig.

Hans Gartmann stellt fest, dass der Gemeinderat in seinem Massnahmenpaket vorgeschlagen hat, das Einwohnerratshonorar pauschal festzulegen. Der Sprecher ist der Auffassung, dass die Sparmassnahmen ok sind und jetzt nicht begonnen werden darf, Rosinen zu picken. Der Einwohnerrat soll ohne wenn und aber hinter dem Massnahmenpaket stehen und darf allen ein bisschen „weh“ machen. Betreffend der vorgesehene neuen Stelle für das USD und BD ist Hans Gartmann der Meinung, dass die Gemeinde Kriens mit Gemeindeammann Matthias Senn einen ausgewiesenen und geschulten Verkehrsingenieur hat. Es kann somit nicht sein, dass Kriens für „Verkehrsprobleme“ externe Leute anstellt.

Für Kathrin Graber beisst sich diese Aussage. Einerseits will man die Gemeinderats-Pensen reduzieren und andererseits soll Matthias Senn mehr arbeiten. Das geht für die Sprecherin nicht auf.

Erich Tschümperlin hat ein Verständnisproblem. Die Verkehrsplanung ist nicht Aufgabe des Gemeinderates, sondern eines Sachbearbeiters. Der Gemeinderat ist für die Führung zuständig. Hier liegt, so glaubt der Sprecher, ein Missverständnis vor.

Martin Heiz betont, dass der Gemeinderat ja nicht weniger Lohn erhält, sondern nur 10 % weniger von seinem Stellenpensum. Zudem steht im USK-Protokoll geschrieben, dass bereits eine entsprechende neue Stelle geschaffen wurde bzw. wird.

Erich Tschümperlin fragt, ob jetzt bereits diskutiert wird oder erst in der Detailberatung?

Martin Heini stellt klar, dass man immer noch beim Eintreten ist, welches unbestritten ist.

Paul Winiker dankt dem Einwohnerrat für die intensiven Diskussionen in den Kommissionen und auch Beat Fallegger und seinem Team für die Erstellung und Mithilfe des vorliegenden Planungsberichts. Der Vorwurf, das Budget 2013 werde zu spät behandelt, muss zurückgewiesen werden. Aber der Gemeinderat will zuerst mit dem Parlament die Auslegeordnung machen und auch die Ergebnisse aus den Workshops mit der Bevölkerung soll ins Budget einfließen können. Das ist der Grund, wieso die Budgetberatung erst an der Einwohnerratssitzung vom Dezember stattfinden wird. Das Timing muss so hingenommen werden, wenn die entsprechenden Aufträge vom Einwohnerrat erteilt werden.

Anhand einer Power-Point-Präsentation erklärt der Sprecher Details zum Planungsbericht. Im Jahr 2010 erarbeitete der Gemeinderat zusammen mit der FGK und dem Einwohnerrat das 4-Säulen-Prinzip. Bis heute sind jedoch erst 1.5 davon umgesetzt. Die Ursachen für den negativen Trend sind Steuerausfälle, die Pflegefinanzierung, welche zu einem strukturellen Bruch geführt hat, die Reformen im Bildungswesen, die Teil-Ausfinanzierung der Pensionskasse im Jahr 2009 sowie die Folgekosten der Investitionen. In den letzten Jahren wurden über Fr. 20 Mio. in die Werterhaltung der Schulanlagen investiert.

Vergleicht man die allgemeinen Kennzahlen mit den anderen Gemeinden, so liegt Kriens im Schnitt. Ende 2012 wird das Eigenkapital aufgebraucht sein. Kriens kommt nun an den Punkt, bei welchem kein anderer Handlungsbedarf vorhanden ist, als die Sanierung der Gemeindefinanzen. Von den Leistungen der Gemeinde sind 40.7 % gebundene Leistungen, 54.4 % teilweise gebundene Leistungen und nur 4.9 % der Leistungen sind freiwillig. Das Entlastungsprogramm 2010 ist klar auf dem 4-Säulen-Prinzip aufgebaut. Wobei das Massnahmenpaket III mit der Optimierung der Investitionen eine wichtige Säule darstellt. Es wurden viele Schulhäuser und die Badi saniert. Weitere Anlagen wie z.B. das Heim Grossfeld, der grosse Infrastrukturpark müssen in naher Zukunft auch saniert werden. Bei den strukturellen Massnahmen hat der Gemeinderat einiege Sachen auf Lager, welche weiterentwickelt werden sollen.

Die Kommunikation mit dem Kanton besteht. Heute Morgen hat Paul Winiker an einer entsprechenden Sitzung einer Arbeitsgruppe mit neun involvierten Gemeinden teilgenommen. Der Kanton löst aber die Probleme für die Gemeinden nicht und Kriens ist kein Sonderfall. Die Gemeinde Kriens ist einfach früher als andere Gemeinden in die negativen Zahlen gerutscht. Die strukturellen Probleme haben die Gemeinde eingeholt. Nun müssen die Faktoren anerkannt und nach Lösungen gesucht werden. Dafür braucht es in allen vier Säulen Erfolg, sonst geht es nicht. Kriens kommt nicht um eine Steuererhöhung von 1/10 Einheiten herum.

Kriens hat aber mit dem geplanten neuen Zentrum und Luzern Süd auch gute Entwicklungschancen. Einen Plan „B“ gibt es nicht. Paul Winiker will nicht über hypothetische Sachen sprechen, sondern über das Hier und Jetzt.

Detailberatung

Bericht und Antrag, Seite 27

Roger Erni stellt wie bereits angekündigt den Antrag der FGK, folgende Bemerkung zu überweisen: *Die FGK ist nicht einverstanden mit dem Willen des Gemeinderates, seine eigenen Pensen um 10 % zu kürzen. Die Arbeit hat einen Wert und soll dementsprechend entlohnt werden. Die Arbeit muss gewährleistet werden. Und weiterhin soll qualitative Arbeit möglich sein.*

Erich Tschümperlin opponiert dem Antrag. Die Einsparung von 10 % beim Gemeinderat finden die Grünen gut und nachvollziehbar. Es wurde eine Aufgabe ausgelagert und muss nicht mehr in diesem Umfang geleistet werden, also wird entsprechend reduziert. Sollte der Gemeinderat überlastet sein wegen anderer oder neuer Aufgaben, so soll er im Einwohnerrat einen entsprechenden Antrag stellen und dies auch transparent begründen. Die Grünen werden sich gegen pauschale Kürzungen der Gemeinderat-Pensen vehement wehren, dies wäre nicht seriös. Begründete Reduktion oder Erhöhung von Pensen werden sie jedoch jederzeit genau prüfen. Die Grünen sind auch gegen eine Umstellung auf eine pauschale Entschädigung. Die Mitglieder des Einwohnerrates sollen aufgrund der geleisteten Arbeit entlohnt werden und nicht pauschal. Das heisst nicht, dass die Grünen gegen eine Reduktion der Entschädigung sind, auch der Einwohnerrat soll in dieser schwierigen Situation einen Sparbeitrag leisten. Auch die Fraktionsbeiträge sollen erhalten bleiben; sie sind gerade für kleinere Parteien wichtig. Aber auch hier unterstützen die Grünen entsprechende Kürzungen als Sparbeitrag zu den Gemeindefinanzen. Es sollen aber die Leistungen und nicht die Wahl honoriert werden.

Michael Günter weiss nicht, wieso man die Pensenreduzierung des Gemeinderates nicht unterstützen soll, wenn der Gemeinderat ja selber der Meinung ist, dass dies zumutbar ist.

Hans Gartmann ist der Auffassung, dass die Kommissionen mehr leisten und Aufwändungen erbringen müssen. Früher wurden an Sitzungen extra noch Fragen gestellt, nur damit eine

neue Stunde angebrochen wurde und man so mehr Sitzungsgelder kassieren konnte. Darum ist er für eine pauschale Entschädigung.

Martin Heiz stellt klar, dass schon seit einiger Zeit nicht mehr ganze Stunden ausbezahlt werden, sondern viertelstündlich abgerechnet wird. Der Sprecher wehrt sich gegen eine Pauschale für den Einwohnerrat. Sonst stellt sich plötzlich die Frage, was wichtiger ist, die Einwohneratssitzungen oder der Beruf. Es geht nicht um das Geld, sondern um den Zeitaufwand.

Für Kathrin Graber ist es wichtig, dass der Gemeinderat seine strategische Aufgaben auch in Zukunft gut ausüben kann. Ihre Fraktion kann darum Pensenreduzierung nicht beurteilen. Der Gemeinderat soll sich aber nochmals überlegen, ob die qualitative Arbeit bei einer Stellenprozentreduzierung nicht leidet. Für sie gilt dies nicht auf eine Person bezogen, sondern in allen Bereichen.

Maurus Frey stellt fest, dass bereits über beide Bemerkungen der FGK diskutiert wurde und möchte somit auch über beide Bemerkungen abstimmen. Der Einwohnerrat spricht sich über Sparforderungen aus. Er verliert aber seine Glaubwürdigkeit, wenn er nicht auch selber bereits ist, Einsparungen vorzunehmen. Dies gilt für den Einwohnerrat wie auch für den Gemeinderat. Darum bittet der Sprecher beide Bemerkungen abzulehnen.

Roger Erni präzisiert, dass es sich gemäss Beilage 6, Seite 10 bei der Pensenreduktion um eine allgemeine Reorganisation handelt.

Yanik Kloter betont, dass sich die Gemeinde Kriens zurzeit in einer Krise befindet und der Gemeinderat klar begründet hat, wieso die Pensenreduktion von 10 % gerechtfertigt ist.

Paul Winiker freut es, dass sich der Einwohnerrat Sorgen über die Arbeitsbelastung des Gemeinderates macht. Er zitiert nochmals, was im Bericht und Antrag auf Seite 9 geschrieben steht: *Weiter Sparanstrengungen dürfen auf keinen Fall die Belastung in den Abteilungen und Ressorts über Gebühr strapazieren. Gleichwohl ist der Gemeinderat bereit, rund 10 Stellenprozent beim Gemeinderat ab 2013 einzusparen als Beitrag an die notwendigen Sparmassnahmen. Dabei berücksichtigt er den Wegfall der Vormundschaftsaufgaben im Gemeinderat, obwohl viele zusätzliche Aufgaben im Bereich Gesundheit/Alter, Integration/Asylwesen, Umwelt, Bau und Verkehr etc. beim Gemeinderat nie berücksichtigt worden sind.* Letztlich will der Gemeinderat sich aber nicht mit dem Rücken zur Wand rechtfertigen. Es ist klar, dass kein Gemeinderatsmitglied deswegen eine Stunde weniger arbeiten wird, aber es ist ein Beitrag des Gemeinderates, um zu zeigen, dass nicht nur andere Sparen müssen. Bei der Budgetdebatte im Dezember kann dann darüber diskutiert werden, wie diese Kürzung durchgeführt werden soll.

Martin Heini lässt nun über beide Bemerkungen abstimmen, da bereits zu beiden Bemerkungen der FGK Stellung genommen wurde. Diese lauten wie folgt:

Bemerkung 1 Seite 27: Gemeinderat

Die FGK ist nicht einverstanden mit dem Willen des Gemeinderates, seine eigenen Pensen um 10 % zu kürzen. Die Arbeit hat einen Wert und soll dementsprechend entlöhnt werden. Die Arbeit muss gewährleistet werden. Und weiterhin soll qualitative Arbeit möglich sein.

Bemerkung 2 Seite 27: Einwohnerrat – Fraktions– und Parteienentschädigung

Die FGK sieht die Gefahr durch diese Massnahmen, dass das Partei-System, ein wichtiges demokratisches Mittel ausgehöhlt wird. Es stellt sich die Frage nach der Zukunft der Parteien. Man wird noch weniger freiwillige, engagierte und fähige Politiker finden in einer Kommune. Vor allem für kleine Parteien ist dies sehr gefährlich.

Abstimmung über die Bemerkung 1 der FGK: Verzicht auf Reduktion der Gemeinderat-Pensen um 10 %

Die Bemerkung wird mit 19:8 Stimmen abgelehnt.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	nein
Bründler, Anton	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	nein
Lammer, Thomas	nein
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	ja

Abstimmung über Bemerkung 2 der FGK: Beibehaltung der Partei- und Fraktionsentschädigungen

Der Bemerkung wird mit 18:9 Stimmen zugestimmt.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	ja
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Lammer, Thomas	nein

Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Thomas Lammer möchte zurückkommen zum letzten Entscheid. Er habe ein ungutes Gefühl. Man habe in der Pause über die Überweisung diskutiert. Die Pauschale fände er nicht richtig. Man könne zum Beispiel den Stundenansatz reduzieren. Bei der Parteientschädigung soll in ähnlicher Grössenordnung vorgegangen werden wie im Gemeinderat.

Erich Tschümperlin ist der gleichen Meinung wie sein Vorsprecher. Die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen sollten für die Arbeit die im Rat und in den Kommissionen geleistet werden bezahlt werden und nicht für die Wahl. Ein Vorschlag wäre auch, das Geld für die Parteien zu reduzieren.

Nach Rolf Schmid gehe es um den Wegfall der Fraktions- und Parteientschädigung und um nichts anderes. Man habe „JA“ gesagt für die Eigenständigkeit. Jetzt müssten die im Einwohnerrat vertretenen Parteien funktionieren.

Martin Heini weist den Rat darauf hin, dass die Bemerkung und der Text dazu beachtet werden soll.

Roger Erni stimmt der Äusserung von Rolf Schmid zu und zitiert die Bemerkung. Er hoffe auf die richtige Ausgestaltung, da man sonst im Dezember wieder über das Thema diskutieren müsse.

S. 33 L Schlussfolgerungen, Generelles Fazit des Gemeinderates

Esther Bieri erkenne einen Widerspruch im Planungsbericht. Auf Seite 7 des Planungsberichts werde erwähnt, dass das Ziel des Gemeinderates sei, mit einer nachhaltigen Strategie (Kostenbewusstsein und Generierung von Mehreinnahmen) die Wiederherstellung von gesunden Gemeindefinanzen zu erreichen. Die Aussage im Bericht auf Seite 33 „Zunächst gehe es alleine um die Gesundung des Gemeindehaushaltes zur Aufrechterhaltung der Kernaufgaben“ heble diese Aussage jedoch aus und ergäbe aus Sicht der Sprecherin einen Widerspruch.

Rolf Schmid stellt eine Frage direkt an Paul Winiker. Bei den Ausführungen sei die Schuld pro Einwohner erwähnt worden und dass es nun Zeit sei, nichts mehr zu verstecken. Es sei nun unklar, ob Tatsachen versteckt wurden. Der Sprecher bittet um Klärung.

Martin Heini weist auf die Verhaltens- und Ansprechregeln im Rat hin. Eine Frage soll an den Gemeinderat und nicht an einzelne Mitglieder gestellt werden.

Zum Votum von Esther Bieri merkt Paul Winiker an, dass man aufzeigen wollte, dass die Sanierung alleine nicht ausreichen werde, um die Kernaufgaben angemessen zu erfüllen. Die

Steuererhöhung sei nicht da, um irgendwelche Zusatzaufgaben wahrzunehmen, sondern damit die Kernaufgaben weiterhin erfüllt werden können. Mit dem richtigen Einsatz sei ein Entwicklungspotenzial möglich. Auch im Jahr 2013 und 2014 seien Massnahmen von rund 1.5 Millionen Franken notwendig, damit die Gemeinde Kriens wieder schwarze Zahlen schreiben könne. Je weiter weg jedoch eine Prognose sei, desto unsicherer sei diese.

Zu Rolf Schmid äussert sich der Sprecher, dass niemals etwas versteckt wurde. Er habe dies bei der Verschuldung gezeigt, dass die teilweise Ausfinanzierung der Pensionskasse einen Anstieg bewirkte.

Peter Fässler äussert sich zu den Steuerkorrekturen und den Sparmassnahmen. Er stellt die Frage, ob man nur die „lebenserhaltenden“ Massnahmen betrachten soll und nicht schon bereits Luft nach oben schaffen möchte? Gäbe es keine Visionen und wolle man auf das Prinzip Glück bauen? Könne dies das Ziel als Führungsorgan sein?

Nach Erich Tschümperlin gehe es nicht um den Spielraum. Auch 2/10 würden das Defizit nicht decken. Es verhindere jedoch, dass man nicht noch weiter in den Keller rutsche. Viele denken, man sei zweimal gescheitert und sei daher froh, wenn zumindest 1/10 durchkommen würden. Jetzt müsse klar aufgezeigt werden, was das Ziel sei. Eine Steuersenkung in ein paar Jahren wäre wieder einfach durchzubringen. 1/10 sei nicht zielführend. Der heutige Gemeinderat müsste sämtliche Altlasten übernehmen, wie beispielsweise die komplette Sanierung aller Schulhäuser, der Hergiswaldbrücke, die Pensionskasse und sämtliche Spielplätze. Das könne gar nicht aufgefangen werden. Es müsse nun vermittelt werden was ehrlich und Nachhaltig wäre. Man könne nicht auf das Wachstum in zwei bis drei Jahren hoffen, den daran glaube der Sprecher nicht. Sonst würde man wieder am gleichen Ort stehen wie jetzt.

Michael Günter ist der Meinung, dass der Ball flach gehalten werden soll. Man müsse froh sein, wenn für die Wahrnehmung der Kernaufgaben das Stimmvolk einer Steuererhöhung von 1/10 zustimme. Es starte jetzt ein Prozess, die Leute zu überzeugen. Es stelle sich auch die Frage, wie viele Aufgaben der Staat wahrzunehmen hat.

Alex Hahn verweist auf das Werk „Politische Gesamtplanung mitintegriertem Aufgaben- und Finanzplan 2012-2016“. In diesem Dokument sei zu sehen, dass 1/10 notwendig sei, damit 2014 schwarze Zahlen geschrieben werden. 1/10 reiche und nicht mehr.

Nach Paul Winiker seien im vornherein Abwägungen getroffen worden. Der Finanzplan soll zusammen mit dem Budget nochmals besprochen werden. Dabei sollen die neusten Erkenntnisse des laufenden Jahres einfliessen, allen voran die ersten Prognosen, wo man landen werde. Im Finanzplan werden verschiedene Szenarien aufgezeigt und das Budget werde darauf aufgebaut. „Politik ist die Kunst des Machbaren“ zitiert der Sprecher. Man wolle ein Schritt in diese Richtung machen. Es sollen keine Angriffsflächen geschaffen werden mit Luxusprojekten, welche dann Vorwürfe generieren. Sollten diese fruchten, könne immer noch weitergegangen werden. Ansonsten müsse man weitere Massnahmen ergreifen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Planung machbar ist, dafür sei man heute schliesslich da.

S. 52 Strukturelle Verbesserung

Roger Erni verweist diesbezüglich auf die PowerPoint-Präsentation. Man sollte den Bericht auf dieser Seite deshalb aktualisieren. Weiter verweist der Sprecher auf einen Zeitungsartikel vom 6. September 2012 bezüglich Motion Leuenberger im Kantonsrat. In dieser Motion gehe es darum, dass der Kanton den ausgeschütteten Gewinn der Nationalbank mit den Gemeinden teilen soll. Der Gemeinderat soll darum kämpfen, dass die Aufteilung nach Wohnbevölke-

rung erfolge. Gehe es nach dem Motionär Leuenberger würden vom Anteil der Gemeinde 60 % pro politische Gemeinde und 40 % pro Einwohner einer Gemeinde ausbezahlt werden. Nach dieser Variante gäbe es rund 600'000 Franken für die Gemeinde Kriens. Wehre sich der Gemeinderat gegen diese Variante und fordert, dass die Aufteilung nach Wohnbevölkerung gemacht werde, würden rund 1.2 Millionen Franken in die Gemeindekasse fließen. Also doppelt so viel.

S. 56 Variante Schuldenbremse für Gemeinde Kriens

Roger Erni sei absolut nicht der Meinung, dass das Postulat Tanner Nr. 280/11 „Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens“ abgeschrieben werden soll.

Martin Heiz macht den Rat darauf aufmerksam, dass für ein Postulat all 6. Monate ein Bericht notwendig sei. Das würde heissen, dass im Frühling bereist schon wieder ein Bericht fällig wäre. Sei es sinnvoll, dass man unnötige Arbeit generiere? Mache es Sinn und sei es effizient, wenn man immer eine Fristverlängerung eingeben müsse? Der Rat könne sich auch z.B. darauf einigen, dass das Thema zusammen mit dem Budget abgehandelt werde und damit erledigt sei.

Roger Erni stimmt den Äusserungen seines Vorsprechers zu. Es sollen keine zusätzlichen Kosten generiert werden. Das Postulat sollte nicht abgeschrieben werden. Mit dem Vorschlag von Martin Heiz sei man aber einverstanden.

Kathrin Graber nimmt Bezug auf die Aussage, welche schon beim Eintreten geäussert wurde, dass der Vorstoss nicht abgeschrieben werden soll, sondern erst dann, wenn das Geschäft erledigt sei. Wenn das Postulat jetzt abgeschrieben werde, müsste es wieder eingereicht werden und man müsse wieder darüber diskutieren. Sei dies speditiver? Die Sprecherin unterstützt in dieser Frage die FDP.

Nach Erich Tschümperlin soll das Gesuch dann halt wieder eingereicht werden. Es bringe jedoch nichts, etwas über Jahre hinwegzuziehen.

Gemäss Paul Winiker widersetzte sich der Gemeinderat dieser Idee nicht. Die Schuldenbremse habe die Idee, das Eigenkapital zu erhalten und dass die Gesamtinvestitionen im Minimum zu 80 % finanziert werden können. Diese Diskussion sei bereits in der FGK geführt worden. Der Sprecher verweist hier auf die Schuldenbremse des Kantons Luzern. Wenn man sich an dieser orientieren könne, könne man im Finanzplan sagen, wo man stehe. Bezugnehmend auf das Votum von Martin Heiz stimmt Paul Winiker zu, dass, wenn man das Postulat überweise, im Frühling bereist wieder einen Bericht vorlegen müsste.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulat Tanners: Schuldenbremse für die Gemeinde Kriens (Nr. 280/11)

Mit 15:11 Stimmen bei einer Enthaltung wird das Postulat nicht abgeschrieben.

Bienz, Bruno	Abschreibung
Bienz, Viktor	nicht abschreiben
Bieri, Esther	Abschreibung
Bründler, Anton	Abschreibung
Dalla Bona, Mara	nicht abschreiben
Erni, Roger	nicht abschreiben
Fässler, Peter	Abschreibung
Fluder, Hans	Abschreibung

Frey, Maurus	Abschreibung
Gartmann, Hans	nicht abschreiben
Graber, Kathrin	nicht abschreiben
Graf, Alfons	nicht abschreiben
Günter, Michael	nicht abschreiben
Hahn, Alex	nicht abschreiben
Heiz, Martin	Enthaltung
Kaufmann-Wolf, Christine	nicht abschreiben
Kloter, Yanik	Abschreibung
Lammer, Thomas	nicht abschreiben
Meyer, Pascal	nicht abschreiben
Nyfeler, Nicole	Abschreibung
Portmann, Peter	nicht abschreiben
Schmid, Rolf	nicht abschreiben
Schwizer, Roland	nicht abschreiben
Takacs, Fabian	Abschreibung
Tschümperlin, Erich	Abschreibung
Urfer, Mario	Abschreibung
Zosso, René	nicht abschreiben

Martin Heini eröffnet die Detailberatung zu den Beilagen zum Planungsbericht.

Beilage 3

Gemäss Roger Erni sei die Beilage 3 nicht mehr aktuell. Er bittet die Ratsmitglieder dies zu beachten und das entsprechende Dokument auszutauschen

Alex Hahn kommt zurück auf die Entlöhnung des Einwohnerrates. Der Sprecher möchte wissen, wenn man dem Bericht zustimmen würde, ob dieser genauso übernommen werde? Würde die Entschädigung wegfallen oder das Salär reduziert?

Gemäss Martin Heini handelt es sich um eine Bemerkung.

Erich Tschümperlin beschäftigt die gleiche Frage wie Alex Hahn. Wenn die Bemerkungen überwiesen werden, würde die Reduzierung nicht stattfinden, aber alles andere wäre so genehmigt? Man solle die Frage im Rat klären, damit alle das gleiche Verständnis haben.

Nach Martin Heini sei die Bemerkung schriftlich eingereicht worden und fliesse so in den Beschlusstext des Planungsberichtes ein. Dieser würde jedoch vor der Abstimmung nochmals vorgelesen.

Martin Heiz erläutert, dass man den Vorschlag des Gemeinderates übernehmen könne oder nicht. Die Entschädigung müsse so oder so via Entschädigungsreglement gehen und dann gäbe es dort die Diskussion dazu. Man würde total noch drei Mal über die Entschädigung diskutieren und zwar zweimal via Reglementänderung und ein drittes Mal bei der Budgetdebatte.

Abstimmung über Antrag FGK auf zustimmende Kenntnisnahme zum Planungsbericht
Der Antrag der FGK wird mit 18:8 Stimmen nicht unterstützt und der Planungsbericht neutral zur Kenntnis genommen

Bienz, Bruno	neutral
Bienz, Viktor	zustimmend
Bieri, Esther	neutral
Bründler, Anton	neutral
Dalla Bona, Mara	n.t.
Erni, Roger	zustimmend
Fässler, Peter	neutral
Fluder, Hans	neutral
Frey, Maurus	neutral
Gartmann, Hans	neutral
Graber, Kathrin	zustimmend
Graf, Alfons	neutral
Günter, Michael	neutral
Hahn, Alex	neutral
Heiz, Martin	neutral
Kaufmann-Wolf, Christine	zustimmend
Kloter, Yanik	neutral
Lammer, Thomas	neutral
Meyer, Pascal	zustimmend
Nyfelner, Nicole	neutral
Portmann, Peter	neutral
Schmid, Rolf	zustimmend
Schwizer, Roland	zustimmend
Takacs, Fabian	neutral
Tschümperlin, Erich	neutral
Urfer, Mario	neutral
Zosso, René	zustimmend

Der **Beschlussestext** lautet wie folgt:

1. *Die Motion Konrad Nr. 294/12 wird als erledigt abgeschrieben.*
2. *Das Postulat Tanner Nr. 280/11 wird nicht abgeschrieben und auf der Pendenzenliste belassen.*
3. *Folgende Bemerkung zu S. 27, Einwohnerrat – Fraktions- und Parteienentschädigung, wird an den Gemeinderat überwiesen: Die FGK sieht die Gefahr durch diese Massnahmen, dass das Partei-System, ein wichtiges demokratisches Mittel ausgehöhlt wird. Es stellt sich die Frage nach der Zukunft der Parteien. Man wird noch weniger freiwillige, engagierte und fähige Politiker finden in einer Kommune. Vor allem für kleine Parteien ist dies sehr gefährlich.*

Abstimmung über den Beschlussestext: Bericht und Antrag: Planungsbericht „Finanzielle Entwicklung und Steuerung der Gemeinde Kriens“
Dem Planungsbericht wurde einstimmig zugestimmt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	ja
Dalla Bona, Mara	n.t.
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja

Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

Martin Heini bedankt sich beim Sachverständiger Beat Fallegger fürs Ausharren und wünscht ihm alles Gute bei der weiteren Arbeit.

6. Bericht und Antrag: Erlass eines Ausführungsreglementes zum regionalen Abfallreglement REAL 1. Lesung Nr. 323/12

Als Sachverständiger steht gemäss Martin Heini Gemeindegemeinschafter Guido Solari zur Verfügung. Der Sprecher übergibt das Wort an die vorberatende Kommission.

Nach Vizepräsident Pascal Meyer habe die Umwelt- und Sicherheitskommission den Bericht und Antrag, das Ausführungsreglement sowie die zugehörige Verordnung diskutiert.

Cyrrill Wiget konnte der USK kompetent Erklärungen zu den Spezialregelungen in der Verordnung zum Ausführungsreglement und zu der Überwälzung der Kostendifferenz zwischen dem Ertrag und den Kosten der Abfallbewirtschaftung von REAL auf die Gemeinde geben. Somit seien alle offenen Fragen der USK geklärt worden.

Die USK sei weiter der Ansicht, dass die Gebühren mit dem Ausführungsreglement zum regionalen Abfallreglement sinnvoll auf die Erzeuger verteilt werden. Die USK stellt somit keine Anträge und empfiehlt eintreten auf das Ausführungsreglementes zum regionalen Abfallreglement REAL.

Nach dem keine weitere Kommissionen den Bericht und Antrag vorberaten haben, geht es zum Eintreten der Fraktionen. Martin Heini erteilt erneut Pascal Meyer das Wort.

Pascal Meyer namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion erläutert, dass sich bereits im Januar 2009 die CVP/JCVP-Fraktion positiv für die Übertragung der Sammlung von Siedlungsabfällen an den Gemeindeverband REAL ausgesprochen habe. Auch heute, mit der neuen Zusammensetzung der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, sei die Entwicklung zu einer Regionalisierung der Abfallbewirtschaftung durch den Gemeindeverband REAL unbestritten.

Mit dem Ausführungsreglement zum regionalen Abfallreglement REAL werden die Grundgebühren nach dem Verursacherprinzip erhoben. Dies entspreche den ökologischen Vorstellungen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion und führe schlussendlich zu einer fairen und sinnvollen Verteilung der Grundgebühren.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates, die bisherige bewährte Regelung für die Erhebung der Grundgebühr in der Abfallwirtschaft weiterzuführen und das Ausführungsreglement REAL in zwei Lesungen zu verabschieden. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist einstimmig für das Eintreten auf das Ausführungsreglement zum regionalen Abfallreglement REAL.

Nach Toni Bründler sei das Eintreten der SVP unbestritten. Grundsätzlich laufe alles richtig mit REAL. Er habe doch noch eine kleine Anregung bezüglich Gebühren. Es stelle sich die Frage, ob es richtig ist, dass die Gebühren jedes Jahr oder alle zwei Jahre überprüft werden? Und falls diese tiefer ausfallen würde, dass sie entsprechend angepasst werden?

Roger Erni trägt das Votum der FDP im Namen von Mara Dalla Bona vor, welche die Sitzung um 17.00 Uhr verlassen musste. Am 1. Januar 2013 werde die Abfallbewirtschaftung im Einzugsgebiet von REAL selber übernommen. Grundsätzlich könne man sich fragen, ob dann nicht für alle mitbeteiligten Gemeinden das gleiche Abfallreglement gelten sollte. Die FDP Kriens begrüsse aber, dass die Gemeinden bei der Grundgebühr abweichende Regelungen erstellen dürfen und sie unterstützt auch die Haltung des Gemeinderates, gewisse Abweichungen zu der neuen Regelung von REAL zu beantragen. Entgegen der neuen Festlegung von REAL, welche bei den Betrieben keine Abstufung der Grundgebühr mehr vorsehe, unterstützt die FDP, dass, wie bisher, eine Differenzierung zwischen kleinen und grossen Betrieben gemacht werde. Das sei fair und mache Sinn. Die FDP sei auch der Überzeugung, dass die Weiterführung der bisherigen Regelung eine gerechtere Verteilung der anfallenden Kosten sei, als dies mit dem regionalen Abfallreglement der Fall wäre.

Am 1. Januar 2013 werde auch der Ökihof Kriens von REAL übernommen. Es interessiere Die FDP-Fraktion, wie diese Übernahme geregelt sei. Erhalten die Gemeinden Kriens und Horw, eine Abfindung oder zahle REAL jährlich einen Mietzins? Wie sieht es aus mit den Mitarbeitenden? Würden alle weiterbeschäftigt werden? Bleiben die Öffnungszeiten die gleichen?

Die FDP sagt JA zum Erlass eines Ausführungsreglements zum regionalen Abfallreglement REAL.

Nach Mario Urfer sei die SP/JUSO-Fraktion überzeugt, REAL sei eine wirtschaftliche, ökologische und kundenfreundliche Abfallwirtschaft. Es werden Synergien der regionalen Zusammenarbeit genutzt. 23 kommunale Abfallreglemente werden durch ein regionales Abfallreglement abgelöst. Da dieses Reglement keine eminente Abweichung zur heutigen Regelung in Kriens habe, sei es für die SP/JUSO-Fraktion richtig, den eingeschlagenen Weg weiterzuführen und das Abfallreglement REAL zu verabschieden.

Mit den Verursachergebühren würden die anfallenden Kosten gerecht verteilt. Zu würdigen sei, dass der Gemeinderat die Differenzierung der Grundgebühr beibehält und bei Betrieben Abstufungen nach Anzahl Arbeitsplätze macht, so das kleine Unternehmer weniger belastet werden. Erfreulich sei auch, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die Grundgebühr leicht zu senken. In der Verordnung dürfte die Bemessungsgrundlage für die Höhe der Gebühren wohl eher klein sein, da sie Zweckgebunden sind und der Gemeinderat sicher nicht ein zweites Mal

vom Preis-überwacher zurückgepiffen werden möchte. Die SP/JUSO-Fraktion ist für ein Eintreten.

Nach Maurus Frey begrüssen die Grünen die Grundhaltung des Gemeinderates;

- eines bewährten und etabliertes Gebühren Systems weiterführen zu wollen,
- die Freiheiten, welche auch in der Kooperation durch Zweckverbände zu nutzen,
- die Kostenwahrheit zu wahren und keine Quersubventionierung zu Lasten der Bürger und KMU zuzulassen.

Die Grüne/JG-Fraktion stehe hinter dem vorgeschlagenen Reglement. Nach den Voten der anderen Fraktionen stelle sich gar die Frage, ob das Geschäft nicht in einer einzelnen Lesung mit 2/3-Merheit besiegelt werden könne. Es bleibe anzumerken: Bei den Gebühren in der beiliegenden Verordnung stellt sich die Frage, ob die etwas tieferen Ansätze für Ferienhäuser, Altbetriebe und Waldhütten gerechtfertigt seien, da diese Gebäude ja meist ausserhalb des Siedlungsraums liegen und die Abfuhr entsprechend aufwendiger und teurer ist. In diesen Fragen vertrauen die Grünen jedoch auf die Erfahrung und das Urteilsvermögen des Gemeinderats.

Cyrill Wiget nimmt zur Kenntnis, dass das Abfallreglement schlank durchgehen wird. Die Begründung dazu wurde gut verfasst und es gebe keine grossen Ergänzungen. Der Sprecher möchte sich bei der vorberatenden Kommission USK für die Unterstützung danken sowie Gemeindeglied Guido Solari, welcher das vorliegende Reglement verfasst hat. Für die Bürger ändere sich durch REAL nicht viel. Die Gebühren bleiben gleich bemessen wie früher, denn das sei ein gutes System gewesen und soll daher nicht abgeschafft werden.

Seitens der Grünen/JG sei noch ein Antrag eingegangen, das Reglement in einer Lesung zu verabschieden. Nach kurzer Absprache mit dem Gemeinderat, würde dieser Antrag unterstützt.

Auf die Frage der SVP antwortet der Sprecher, möchte man, dass die Gebühren in der Verordnung festgehalten werden, da man dort flexibler bleibe.

Bei Kathrin Graber sei noch eine Frage aufgetaucht bezüglich der Ausführungen von Gemeinderat Cyrill Wiget. Es wurde kommuniziert, dass der Ökihof nicht betroffen sei. Wenn man jedoch im REAL-Reglement lese, würde der Ökihof direkt erwähnt werden und zwar und Artikel 2d. Was seien die Auswirkungen auf den Ökihof?

Gemäss Cyrill Wiget gehöre der Ökihof als Gebäude der Gemeinde Kriens zusammen mit Horw je zur Hälfte. Man habe einen Mietvertrag mit REAL abgeschlossen zu guten Konditionen. Daher betreffe es das Geschäft selber nicht sondern nur die Einnahmen. REAL betreibe dies auf eigene Rechnung. Mit den 60 Franken pro Kopf werden Gebühren bezahlt und weitere Projekte wie der Häckseldienst oder die Jugendpapiersammlung können weiterhin finanziert werden. Diese Position sei auch im Budget enthalten.

Detailberatung

Es werden keine Wortmeldungen und auch kein Rückkommen verlangt.

Martin Heini informiert, dass für die Annahme des Antrages der Grünen/JG-Fraktion eine 2/3 Mehrheit nötig sei. Damit die Abstimmung durchgeführt werden kann, wird der Beschlusstext vorgelesen.

Der **Beschlussestext** lautet wie folgt:

1. *Das Ausführungsreglement zum regionalen Abfallreglement REAL wird festgesetzt.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext des B+A: „Erlass eines Ausführungsreglementes zum regionalen Abfallreglement REAL (Nr. 323/2012)“:

Der Beschlussestext wird einstimmig genehmigt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Lammer, Thomas	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfele, Nicole	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	ja

6a) Dringliche Interpellation Heiz: Zu Asylzentrum im Grosshof (Nr. 325/12)

Da der Interpellant eine Diskussion wünscht, wird ihm von Martin Heini das Wort erteilt.

Zu Frage 1 erklärt Martin Heiz, dass die SVP etwas enttäuscht sei. Der Gemeinderat wusste seit April Bescheid. Anlässlich der Fragestunde an der Einwohnerratssitzung vom 31. Mai 2012 sei gefragt worden, ob ein Baugesuch für ein Asylzentrum im Grosshof eingereicht wurde, was vom Gemeinderat verneint wurde. Klar wurde nur nach einem Baugesuch gefragt, aber man hätte doch informieren können.

Zu Frage 9/10/11 äussert sich der Sprecher, man werde doch kaum glauben, dass die renitenten Asylbewerber für die Umtriebsentschädigung aufkommen werden. Der Sprecher selbst war einmal im Bereich Diebstahlabwicklung tätig. Zuerst hätten die Asylbewerber noch Geld dabei, welche ihnen dann abgenommen wurde. Ein bis zwei Monate später hätten sie kein

Geld mehr dabei gehabt, aber den Rucksack wohl voll Lebensmittel und kein Geld, um die Ware zu bezahlen.

Für Kathrin Graber seien die Ausführungen von Martin Heiz eher lustig. Man sei schliesslich ein Rechtsstaat. Bei einem Delikt werde man verurteilt und wer nicht bezahlt, werde betrieblen.

Toni Bründler fügt an, dass man im April bereits davon Kenntnis hatte. Man habe einfach alles unter dem Deckel gehalten bis nach den Wahlen. Zum Votum von Kathrin Graber entgegnet der Sprecher, dass er an der Informationsveranstaltung dabei gewesen sei. Weiter waren auch Vertreter der Caritas anwesend. Die Polizei würde nicht mehr in die Asylantenheime gehen. Es sei alles schön geredet worden und nicht so wie es wirklich ist.

Gemäss Alex Hahn werde das Problem nicht gelöst. Wenn einer stehle, dann werde er verurteilt egal wo er untergebracht ist. Beim Grosshof hätte man die Situation einfacher unter Kontrolle.

Paul Winiker weist darauf hin, dass das Asylzentrum nicht ein Projekt sei, welches von der Gemeinde gesucht wurde. Der Kanton kam frühzeitig auf die Gemeinde zu und habe die Grundsituation geschildert. Der Kanton sei nun mal verpflichtet, vom Bund Asylbewerber aufzunehmen. Weiter sei er verpflichtet für ca. 1'000 Asylbewerber ein Erstaufnahmezentrum zu errichten. Zurzeit gäbe es ein Übergang im Eichhof. Der Kanton plane jedoch noch drei weitere Erstaufnahmezentren. Weiter müsse sich auch der Kanton an die Bau- und Zonenordnung halten. Daher sei es nicht möglich, ein Asylzentrum im Industriegebiet zu erstellen, sondern in der Wohnzone. Es gäbe wenige Liegenschaften dafür und das im Gebiet Grosshof wäre eine davon. Die Aufgaben können nur gemeinsam erfüllt werden. Die Gemeinde unterliegt der Mitwirkungspflicht. Ohne die Gemeinden seiner Bund und Kanton handlungsunfähig. Der Gemeinderat sei der Meinung, wenn Luzern und Emmen ein Teil dieser Last tragen können, sei es für die Gemeinde Kriens ebenfalls zumutbar. Der Kanton orientierte, dass das Erstaufnahmezentrum für einen Aufenthalt von zwei bis sechs Monaten gedacht ist, bis entschieden sei, wer Asyl erhalte. Anschliessend werden die Asylbewerber definitiv den Gemeinden zugewiesen. Wenn alle Gemeinden sich dagegen wehren würden, gäbe es von Seiten des Kantons eine Direktzuweisung. Eine Erklärung sei in diesem Fall hinfällig, dass die Gemeinde Kriens dann selber die Unterkunft für die Asylbewerber suchen müsste. Dann stelle sich weiter die Frage, wo der dafür benötigte Platz vorhanden sei. Der Kanton habe ein faires Angebot gemacht. Es gäbe noch schlechtere Lösungen als die jetzt Vorliegende. Diese schlechten Lösungen wolle Kriens nicht. Kriens wolle die machbaren Lösungen. Mit konstruktiven Dialogen soll möglichst viel erreicht werden. An den Informationsveranstaltungen haben die Caritas und die Polizei ihre Erfahrungen mit den Asylbewerbern geschildert. Ebenfalls diskutiert wurden die Probleme, welche entstanden sind. Diese seien jedoch nicht in den Zentren entstanden, sondern rund herum wie z.B. am Bahnhof Luzern oder im KKL. Im Aufnahmezentrum hätte man diese sehr gut im Griff. Eine frontale Abwehrhaltung sei aus Sicht des Gemeinderates kontraproduktiv. Das Baugesuch sei noch nicht eingetroffen und der Sozialvorsteher stehe in Verhandlungen. Zum jetzigen Zeitpunkt stehe man immer noch in der Projektentwicklungsphase.

Nach Hans Gartmann seien in den Erstaufnahmezentren angeblich grösstenteils Familien untergebracht. Der Gemeinderat habe dem Kanton auch sehr viele Fragen bezüglich Ablauf und Sicherheit gestellt. Die Antworten waren jedoch noch nicht verfügbar. Es soll daher erst diskutiert werden, wenn die Antworten vorlägen. Wenn das Asylzentrum kommen würde, wären 120 Personen für 6 Monate in diesem Zentrum untergebracht. Wenn das Zentrum nicht zu Stande komme, dann müsste man für 90 Personen Wohnungen suchen. Wohnungen, welche lieber an Krienser Einwohner vergeben würden. Die Probleme entstehen im Haus oft

durch zwei Personen, welche aufeinander losgehen würden. Um das Haus und in der näheren Umgebung sei dies nicht der Fall, da dort kontrolliert wird. Werden die Leute in die Gemeinde verteilt, wäre eine solche Kontrolle nicht mehr möglich. Die Asylbewerber seien da, ob man nun wolle oder nicht. Dem Sprecher sei diese Variante lieber.

Gemäss René Zosso namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion betreffe die vom Kanton geplanten Zentren für die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden auch die Krienser nun plötzlich sehr konkret.

Die Fraktion CVP/JCVP/GLP stimme zwar der Dringlichkeit der eingegangenen Postulate, Motionen und Interpellationen zu, nicht aber den damit verfolgten Anliegen. Einige davon können durchaus als Rohrkrepierer bezeichnet werden, weil dafür jede rechtliche Grundlage fehle. Beispielsweise könne die Gemeinde ein zonenkonformes, bewilligungsfähiges Baugebiet nicht einfach willkürlich ablehnen, nur weil ihr der Bauherr oder die Nutzerin nicht passe. Den Interpellanten gehe es offensichtlich vorab um die politische Wirkung, und nicht um die Lösung des Problems.

Gemäss dem Sprecher sei die CVP/JCVP/GLP-Fraktion überhaupt nicht begeistert von dem Vorhaben, für mindestens 30 Jahre ein Zentrum für die Unterbringung und Betreuung von 80 – 120 Asylsuchenden direkt vor der Haustüre zu haben. Man sähe aber auch die Notwendigkeit. Es sei das alte Dilemma: man sieht die Notwendigkeit, aber im eigenen Dorf oder Quartier sollte es dann doch lieber nicht sein.

Während die befürchteten und die offensichtlichen negativen Auswirkungen hinlänglich bekannt seien und diskutiert werden, hätte dieses Vorhaben aber auch handfeste Vorteile für die Gemeinde Kriens:

- Statt dass diese Leute - von denen die Gemeinde Kriens ohnehin aufnehmen müsste – dezentral - in Privatwohnungen untergebracht werden müssten, wären sie damit zentral, unter Kontrolle und auf Kosten des Kantons einquartiert.
- Die Asylsuchenden würden höchstens 6 Monate im Zentrum bleiben, bevor sie auf die ihnen zugeteilten Gemeinden verteilt werden. In Privatwohnungen untergebrachte Personen könnten hingegen während der ganzen Dauer des Asylverfahrens bleiben.
- Ein Nein würde keineswegs bedeuten, dass keine neuen Asylsuchenden mehr nach Kriens kämen.
- Die Einschulung der Kinder inkl. der dabei anfallenden Kosten wäre Sache des Kantons und würde für Kinder aus Asylzentren zurzeit zentral in Emmen erfolgen. Das Bildungsbudget würde also nicht belastet werden – im Gegensatz zur Situation bei der Einquartierung in Privatwohnungen.

Vom Gemeinderat werde aber verlangt, dass einige wichtige Bedingungen bei den Verhandlungen mit dem Kanton durchgesetzt werden müssten:

- Die Wahrung der Gemeindeinteressen hat oberste Priorität
- Falls Kinder wider Erwarten in Kriens eingeschult werden, so ist darauf zu achten, dass auch hier die Einschulung zentral und auf Rechnung des Kantons erfolgt und sie nicht auf die bestehenden Schulklassen verteilt werden.
- Die Bedingungen betreffend Sicherheit, Ordnung, Lärmschutz und Verkehr müssen klar definiert und vertraglich festgeschrieben werden.
- Es soll ein ausgeglichener Bewohnermix einquartiert werden, also vorab Familien und Mütter mit Kindern.
- Es habe rechtzeitig eine umfassende Information und die Einbindung der Anliegen der Krienser Bevölkerung und speziell der umgebenden Quartiere zu erfolgen. Nur so können Fehlentwicklungen verhindert und Ängste und Widerstand abgebaut werden.
- Der Gemeinde dürfen keine Mehrkosten entstehen dadurch, dass sie gemeindliche Dienstleistungen (wie Feuerwehr, Schule, Reinigungsdienste etc.) zur Verfügung stellen muss.

Wie schon in der Sitzung vom 28. Juni 2012 anlässlich des Postulats Camenisch von Monika Marbacher festgehalten wurde, ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion einstimmig der Meinung, dass die Schweiz ihre humanitäre Tradition zur Aufnahme von Flüchtlingen fortsetzen sollte.

Die Fraktion CVP/JCVP/GLP lehne deshalb die eingegangenen Postulate und Motionen und ab.

Nach Alfons Graf sollten ein paar Zahlen nachdenklich stimmen. Über 17'000 Asylgesuche seien von Januar bis Juli in der Schweiz eingegangen. Das seien rund 50 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Neue Asylzentren würden aus dem Boden schießen wie Pilze im Herbst. Wenn der Zustrom in dieser Höhe anhalte, würden Ende Jahr rund 30'000 Asylgesuche eingegangen sein.

Neu sei, wie hemmungslos kriminell diese Asylbewerber auftreten würden. Im ersten Halbjahr stieg die Zahl der festgenommenen Asylbewerber um 77 %. Einbrüche und Taschendiebstähle hätten sich mehr als verdoppelt. Ladendiebstähle stiegen um das 5-fache. Autoeinbrüche gar um das 16-fache. Fast die Hälfte davon, so melden es die Polizeibehörden, stammten aus Tunesien, Marokko oder Algerien.

In der Stadt Zürich werde der Drogenhandel von Asylbewerbern getätigt und mit diesen Geldern würden in Afrika Häuser gebaut werden. Der Sprecher fragt die Befürworter der Asylunterkunft. Soll dies in Kriens ebenfalls vorangetrieben werden?

Die Schweiz sei ein Paradies für Wirtschaftsflüchtlinge und kriminelle Ausländer. Die Gesetze seien zu large. Die Migrationsstelle des Bundes nehme seine Aufgaben nicht wahr und lasse Asylbeantragende über viele Jahre hinweg im Land wohnen. Diese bekämen mehr Geld als eine Person, welche das ganze Leben gekrampft hätte mit der AHV. Dass dabei sehr viele kriminell seien, wurde bereits erwähnt. Tag für Tag könne dies in den Zeitungen gelesen werden. Die Kriminellen würden nicht ausgeschafft werden, wie es das Volk seinerseits in der Abstimmung beschlossen hatte.

Weil der Bund seine Hausaufgaben nicht mache, müsse auf der Gemeindeebene gewehrt werden und das zurzeit angewandte Asylwesen nicht mehr tolerieren. Es werde alles schön geredet „wir müssen diese Leute aufnehmen und können nichts machen“. Damit machen es sich die Befürworter sehr einfach. Andere Gemeinden wehren sich mit Erfolg. Und Kriens betreibt eine „Büs-Büs Politik“ und empfangen die Asylanten mit offenen Armen. Das könne es doch nicht sein!

Dabei wissen alle, dass die Schweiz überbevölkert sei und einem Kollaps entgegen gehe. An die Ratskolleginnen und Ratskollegen appelliert der Sprecher „Das Boot ist nicht nur voll.....Das Boot kentert bald“. Das Asylwesen kostete den Bund und die Kantone 1 Milliarde Schweizer Franken. Und was würden Bund und Kantone machen? Es werden wichtige Aufgaben, wie zum Beispiel die Pflegefinanzierung, an die Gemeinden abgeschoben, was diese in den finanziellen Ruin treibe.

Die Gemeinde Kriens will keine neuen Asylzentern. Mit dieser Botschaft müsse Druck auf Bern ausgeübt werden, dass die laufenden Asylverfahren schneller ablaufen. Das könne nur bewirkt werden, wenn sich die Gemeinden querstellen. Die SVP will kein Asylzentrum.

Nach Peter Fässler fühlt sich die Schweiz seit langer Zeit der humanen Tradition verpflichtet. Dazu gehöre auch die Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisenregionen. Die SP stehe für diese Tradition ein. Sie setze sich für Menschen in Not ein. Sie helfe mit, ihren Teil der Verantwortung zu tragen.

Die SP/JUSO-Fraktion werde in dieser Frage eine sachbezogene Politik ohne populistisches Machtgehabe betreiben. Im Bestreben, die Menschenrechte zu achten und entsprechend umzusetzen. Den Menschen in schwierigsten humanitären Situationen Halt und Sicherheit gewähren, bis über ihr weiteres Schicksal entschieden sei.

Das Zentrum für Asylsuchende auf der Liegenschaft Grosshof diene dem Zweck, diese humane Tradition würdig umzusetzen. Die SP/Juso-Fraktion wehre sich aus Achtung und Verantwortung vor dieser Aufgabe nicht gegen das Zentrum. Aber sie fordere Rahmenbedingungen, die ein einträgliches Nebeneinander der angestammten Bevölkerung und den Bewohnern des Zentrums ermöglichen. Dass dies dem Gemeinderat auch ein Anliegen sei, zeigt seine Antworten auf dieses Eingaben.

Die SP/JUSO-Fraktion wehrt sich dagegen, sich der Verantwortung für die Aufgaben von Bund und Kanton betreffend Asylwesen zu entziehen. Verhindern und Abschieben eines brennenden Problems werde aus dieser Interpellation entnommen. Die SP/JUSO-Fraktion hingegen werde sich dieser sicherlich schwierigen Aufgabe stellen und sich für eine für alle involvierten Parteien akzeptable Lösung einsetzen.

Der Sprecher betont, dass die SP/JUSO-Fraktion gegen die Überweisung dieser Interpellation sei.

Für die Grünen sei gemäss Bruno Bienz klar, dass es ein polarisierendes Problem sei und kantonsweit angegangen werden müsse und auch Kriens sollte Hand für eine Lösung bieten. Aber es muss auch klar gesagt werden „Nicht um jeden Preis“. Man bade nicht immer die Probleme aus, die der Bund sowie der Kanton verursacht haben. Der Grosshof sei im Gebiet der als Entwicklungsschwerpunkt nicht nur von der Gemeinde auserkoren wurde. Daher ist es nach der Meinung der Grünen unverantwortlich, ein 30-jähriges Baurecht für Asylcontainer zu diskutieren. Auch den Anwohnern gegenüber sei diese Absicht unverantwortlich. Die Grünen können zu diesem Standort und Asylzentrum nur ja sagen, wenn das Baurecht auf 5 Jahre gesenkt werde. Alle fünf Jahre sollten die Gemeinde und der Kanton zusammensitzen und über eine allfällige Verlängerung verhandeln.

Nach dem Sprecher könne es definitiv nicht sein, dass der Kanton den Bau von Asylunterkünften an Private vergebe, nur damit er Geld sparen könne und die Gemeinde hat nachher 30 Jahre eine Containersiedlung. Zudem sei es für die Grünen klar, dass der Gemeinderat die Rahmenbedingungen und die Sicherheit die er mit dem Kanton vereinbart, dem Einwohnerrat sowie der Bevölkerung offen kommuniziert, bevor ein Bagger auf dem Grosshof auffährt. Nur so könne Vertrauen geschaffen werden und das würde heissen, auch die Anliegen und Ängste werden ernst genommen. Zudem hat die Gemeinde das Öffentlichkeitsprinzip.

Deshalb stellen die Grünen die Frage an den Gemeinderat. Werde vorgängig die Bevölkerung und der Einwohnerrat über die Vereinbarung informiert? Dazu sei ein klares Statement gefordert. Nicht zu vergessen ist, dass Kriens, falls das Asylzentrum im Grosshof gebaut wird, $\frac{1}{4}$ des Kontingentes des Kantons übernehme. Da sollte doch ein gewisser Spielraum für die Gespräche mit dem Kanton möglich sein. Auch muss der Kanton die Landschaft stärker in die Pflicht nehmen und nicht nur immer alles auf die Agglogemeinden abschieben.

Die Grünen werden die beiden Vorstösse nicht überweisen, da sie rechtlich, populistisch und sehr fragwürdig sind. Zudem brauche es Lösungen und nicht einfach ein Verhindern.

Lothar Sidler nimmt zuerst Bezug auf die Ängste. Es sei nicht so, dass der Gemeinderat mitteile, es gäbe keine Probleme. Er wisse ganz genau, dass es Probleme geben kann. Diese würden aber nicht mit dem Bau zusammenhängen. Diese hängen mit den anderen Problemen

zusammen. Nämlich dann, wenn die Asylbewerber die Absicht haben, sich kriminell zu verhalten. Die Ängste werden ernst genommen und der Gemeinderat stehe mit dem Kanton entsprechend in Kontakt.

Weiter nimmt der Sprecher Bezug auf die Unterbringung. Was die SVP wolle, funktioniere nur dann, wenn vom Bund keine Asylbewerber zugewiesen werden und in Kriens keine untergebracht werden können. Der Gemeinderat möchte ein System wie in Aargau verhindern. Mit der Akzeptanz über ein solches Asylheim, würden sich alle an einem Ort aufhalten.

Zu den Voten der FDP äussert sich Lothar Sidler, dass man offen dargelegt habe, dass es mit Familien eher ruhiger ist. Dies habe sich auch beim Zentrum Sonnenhof in Emmen gezeigt. Man fühlte sich wie in einem Ferienlager. Die Kinder spielten Fussball, die Frauen kochten oder gingen einkaufen. Es sei ein ruhiger Aufenthalt.

Zu den Zahlen nimmt der Sprecher Bezug auf die Beantwortung der Interpellation Heiz. Man habe dort Zahlen geliefert. In Kriens werden sich so oder so Asylwerbende aufhalten. Wird das Asylzentrum realisiert, halten sich die Asylwerbenden während einer beschränkten Frist in diesem, während 24 Stunden betreuten Asylzentrum, auf. Wird das Zentrum nicht realisiert, werden die Asylwerbenden von Kanton an Kriens zugewiesen. Die Asylwerbenden halten sich dann für die gesamte Dauer des Verfahrens in Privatunterkünften oder in der von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Kollektivunterkünften auf. Dies könne dann mehr als die 120 Personen sein.

Auf die CVP-Frage verweist Lothar Sidler erneut auf die Beantwortung Interpellation Heiz. Es sei dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass die offenen Fragen geklärt sind. Man wolle dies in einer Vereinbarung festhalten, was bereits dem Regierungsrat schriftlich angezeigt wurde. Auch der Kanton hat ein grosses Interesse daran, dass das ganze Asylverfahren gut ablaufe. Sollte es irgendwo nicht laufen, hätte er auf der Suche nach weiteren Standorte mühe. Der Gemeinderat sei guter Hoffnung, eine gute Vereinbarung auszuarbeiten.

Zum Votum Graf hatte bereits Paul Winiker erwähnt, dass rund um das Zentrum die Kriminalität nicht gross sei, aber an den anderen Orten wie z.B. am Bahnhof, wo die Anonymität ausgelebt werden kann. Die Asylströme abklemmen und bücken funktioniere nicht. Der Bund weist die Asylbewerber den Kantonen zu und dieser muss ausführen. Wenn sich etwas ändern soll, dann auf Bundesebene. Alles andere führt nur zum Resultat Aargau.

Der Vorschlag der Grünen bezüglich der Dauer des Baurechts werde so entsprechend aufgenommen. Es gäbe verschiedene Varianten. Man rede die ganze Zeit von Container. Dies stehe aber noch in den Sternen. Wie die Siedlung aussehen werde, hängt davon ab, wie die Vereinbarung aussehe. Je kürzer die Dauer des Baurechts desto schlechter sei die Qualität.

Zum Schluss ergreift der Sprecher noch zur Vereinbarung das Wort. Die Verhandlungen rund um das Asylwesen sollte öffentlich gemacht werden. Die Vereinbarung jedoch sollte nicht in der Öffentlichkeit besprochen werden, denn das gäbe nur noch Verlierer. Das Resultat sollte aber auf jeden Fall öffentlich sein.

Alex Hahn möchte wissen, wie das Areal verkehrstechnisch erschlossen werde?

Matthias Senn erklärt, dass das Zentrum kein grosses Verkehrsaufkommen generiere wird. Auch von den grossen Projekten sei keines belastet.

Für René Zosso soll Wert darauf gelegt werden, dass das Zentrum ins Quartier passe und die Umgebung nicht störe. Weiter fiel das Wort „Investoren“. Der Sprecher möchte wissen, was damit gemeint ist.

Lothar Sidler entgegnet auf die Frage, dass Regierungsrat Guido Graf bereits Investoren bekannt gegeben haben. Es sei eine Genossenschaft mit Kirchlichem Rückhalt. In welchem Verhältnis, sei dem Sprecher nicht bekannt.

6b) Dringliche Interpellation Günter: Containersiedlung für Asylbewerber Grosshof (Nr. 328/12)

Michael Günter erläutert, da auf dem Grosshofareal eine Gefängnisnutzung zulässig sei, soll auch eine Asylbewerberunterkunft zulässig sein. Dies sei quasi ein Äquivalent. „Honi soit qui mal y pense“ könne man da nur sagen. Jedenfalls nimmt der Sprecher diesen kreativen juristischen Winkelzug mit einem Schmunzeln zur Kenntnis – man lerne immer wieder etwas dazu. Jedenfalls seien nun die betroffenen Anwohner aufgefordert, Einsprache zu erheben und das dünne juristische Eis, auf welchem sich die Argumentation befände, zum Brechen zu bringen, oder mindestens Zeit zu gewinnen.

Matthias Senn erklärt, dass er in den letzten vier Jahren gelernt habe, dass, wenn drei Anwälte beigezogen werden, drei verschiedene Meinungen vorliegen würden. In der Zone für öffentliche Zwecke stehen Schulhäuser, Pflegeheime und daher sollte auch das Asylzentrum als öffentlicher Zweck betrachtet werden. Die Nutzungsbestimmungen dafür sind da. Auch die Anwälte fänden dass das Zentrum Zonenkonform sei. Den Vorwurf, dass vor den Wahlen etwas verschwiegen wurde, kann der Sprecher nur verneinen.

René Zosso erklärt, dass die ursprüngliche Idee war, das Umweltschutzamt des Kantons Luzern an diesem Standort anzusiedeln. Anstelle dieser geplanten Arbeitsplätze, würde jetzt ein Heim für Asylbewerber entstehen.

6c) Dringliches Postulat Portmann: Kein Zentrum für Asylsuchende auf der Liegenschaft Grosshof (Nr. 324/12)

Gemäss Martin Heini opponiert der Gemeinderat und lehnt die Überweisung des Postulates ab.

Peter Portmann erläutert, wie bereits bei der Dringlichkeitserklärung ausgeführt, darf nicht gegen den Volkswillen über ein Asylzentrum verfügt werden. Dieses Postulat wurde bereits in der Tagespresse kommentiert. Die Reaktionen aus der Bevölkerung seien ernüchternd. Besonders die Leute aus dem Grosshofquartier hätten Angst um ihre Kinder, über mögliche Kriminalität und Drogenhandel.

Die SVP sei überzeugt, dass Asylunterkünfte nicht in das Agglomerationsgebiet gehören. Asylunterkünfte gehörten ausserhalb von Siedlungsgebiete. Der Kanton sollte Mut zeigen und solche Unterkünfte weit weg von der Zivilisation bauen. Auch wenn es dem Kanton etwas kosten würde, wie finanzielle Entschädigungen an betroffenen Bauern in Berggebiete.

Würde endlich die Ausschaffung-Initiative der SVP Schweiz umgesetzt, würden alle kriminellen Ausländer, Wirtschaftsflüchtlinge und illegale Einwanderer aus der Schweiz ausgeschafft werden, gäbe es in unserem Land keine Probleme mit Unterbringungsprobleme. Man müsse auch endlich den Bund unter Druck setzen!

Lothar Sidler erwähnt, dass er bereits Stellung dazu genommen habe, was passiere und was die Konsequenzen seien. Dazu habe er keine weiteren Bemerkungen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulates Portmann: „Kein Zentrum für Asylsuchende auf der Liegenschaft Grosshof (Nr. 324/12)“

Das Postulat wird mit 18:5 Stimmen bei einer Enthaltung, nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Bründler, Anton	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	Enthaltung
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kloter, Yanik	nein
Lammer, Thomas	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	n.t.
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Zosso, René	nein

6d) Dringliche Motion Günter: Zonenplanrevision / Planungszone Grosshof (Nr. 327/12)

Gemäss Martin Heini opponiert der Gemeinderat auch bei der Motion Günter und lehnt die Überweisung der Motion ab.

Nach Michael Günter wehre sich der Gemeinderat nicht. Er nehme die Ängste der Bevölkerung und den Direktbetroffenen nicht genügend wahr und verteidige zu wenig die Krienser Interessen bzw. gewichtet die Interessen des Kantons unverständlicherweise höher als diejenigen der Krienserinnen und Krienser bzw. der Gemeinde. Dass es anders gehe zeige Hitzkirch. Der Gemeinderat habe sich dort von Anfang an quergestellt. Der Kanton habe darauf reagiert und dies zähneknirschend zur Kenntnis genommen. Man habe bereits schon genug Debatten darüber geführt. Die SVP mache keinen Hehl daraus, dass sie kein Asylzentrum in dieser Grösse in der Gemeinde wolle. Die damit verbundenen Immissionen und Unsicherheiten sind der Bevölkerung, insbesondere der direkt Betroffenen nicht zumutbar. Die Probleme, welche mit einer solchen Unterkunft verbunden sind, sind bekannt. Es gehe jetzt primär um die nutzungsplanerischen Aspekte und um die Gemeindeentwicklung. Auf dem Areal Grosshof habe es noch Bauland, welches noch grün sei. Eine von wenigen Bauzonen, welche man noch so vorfinde. Bei diesen Tatsachen sollte man sich genau überlegen, was man da machen möchte.

Man müsse sich überlegen, wie sich die Gemeinde entwickeln soll und was für Bauten zugelassen werden. Darum sei es aus der Sicht der SVP notwendig, dass evaluiert wird, was man genau möchte, was für Möglichkeiten es gibt und was für Ziele die Gemeinde hat, bevor man eine Baubewilligung erteile. Darum dränge sich hier eine Zonenplanänderung und Planungszone auf. Der Sprecher erinnert an das Heggli-Areal. Dieses war Baubewilligungsfähig. Den Investor wollte man jedoch nicht und der Gemeinderat habe entsprechend reagiert und das Projekt war vom Tisch. Warum sei dies nicht auch beim Asylzentrum möglich? Die Containersiedlung erfülle die Ansprüche nicht und sei ein Schandfleck, welcher der Gemeinde überhaupt nichts bringe. Es sei keine Attraktivitätssteigerung sondern eher das Gegenteil. Damit könne man keinen Werbespot für Kriens machen. Eine andere Nutzung wäre viel sinnvoller und die Gemeinde könnte dazu noch profitieren. Darum sollte man Ja zur Motion sagen, dass das Gebiet zur Planungszone wird und auf die Anwohner Rücksicht genommen werden.

Matthias Senn ist der Meinung, dass er, was bereits Lothar Sidler erläutert habe, nicht nochmals wiederholen müsse. Er teile die Meinung, dass dies nicht gerade die Ideale Entwicklung für das Areal sei. Man möchte jedoch auch in fünf Jahren noch am längeren Hebel sein. Daher sei es eine Option, die Baubewilligung für fünf Jahre zu vergeben und selber zu entscheiden. Zur Ortsplanung könne er sagen, dass der Kanton hier federführend sei. Dieser würde in der Vorprüfung sicher nicht zustimmen. Das wäre widersprüchlich zu dem was der Kanton und der Regierungsrat wollen.

Viktor Bienz wirft die Frage auf, ob Kriens wirklich die Grünen Wiese opfern wolle oder ob es nicht Schoterplätze dafür gäbe. Möglichkeiten wären da und müssten genauer geprüft werden.

Gemäss Matthias Senn hätte der Kanton Eigenbedarf an diesem Grundstück. Es sei logisch deshalb, wenn in Kriens, dann dort.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Günter: „Zonenplanrevision / Planungszone Grosshof (Nr. 327/12)“

Die Motion wird mit 18:6 Stimmen bei einer Enthaltung, nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bieri, Esther	nein
Bründler, Anton	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kloter, Yanik	nein
Lammer, Thomas	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein

Urfer, Mario	nein
Zosso, René	nein

7. Bericht Postulat Piazza: Stopp-Verkehrsproblem – Kriens Nr. 281/11

Das Geschäft wurde auf Antrag des Gemeinderates abtraktandiert.

8. Motion Kalt: Moratorium für Antennen Nr. 312/12

Gemäss Martin Heini opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion

Maurus Frey, als Stellvertreter für die nicht mehr im Einwohnerrat vertretene Motionärin Kalt, erläutert, dass sich wohl alle einig sind: Es ist die Pflicht der Gemeinde und Ihrer Behörden im Interesse der Bevölkerung zu handeln. Im Interesse der Bevölkerung zu handeln, bedeute bei Uneinigkeit zu Themen die den lokalen Lebensraum betreffen, zwischen verschiedenen Interessensgruppen zu vermitteln. Mit dem Ziel, so eine einvernehmliche Lösung aktiv zu fördern. Der gute Schweizerische Kompromiss soll gesucht und gefunden werden. Die anspruchsvolle Rolle als umsichtige Vermittlerin kann die Gemeinde nur dann glaubwürdig vertreten, wenn sie am Verhandlungstisch zwischen den Parteien stehe und sich nicht an eine Tischseite zu einer Gruppierung setze. Im Verfahren der Standortevaluation von Mobilfunk-Antennen muss die Gemeinde zwischen den Interessensgruppen vermitteln. Er stehe also zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Mobilfunk-Anbieter und den Ängsten der unmittelbar betroffenen und teils verunsicherten Bevölkerung. Die Grünen wissen: Der konkrete Anlass zu diesem Vorstoss sei die vertragliche Beziehung, welche die Gemeinde Kriens mit dem Mobilfunk-Anbieter eingegangen ist, welcher auf dem Gemeindeeigenen Grundstück im Kleinfeld eine Antenne errichtet hat oder wird. Im Falle dieser Antenne stelle die Gemeinde Kriens das Bauland zur Verfügung und profitiere finanziell vom Bau. Aus der Optik der betroffenen Einwohner hätte sich die Gemeinde auf die andere Tischseite, auf die Seite des Mobilfunk-Anbieters gesetzt. Es mache nicht den Anschein, als hätten die Gemeindebehörden die technische Notwendigkeit und die negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität der Anwohner (Fussball-Jugend, Badegäste, Sportler etc.) gewissenhaft geprüft und gewürdigt. Nein, es entstehe der Eindruck, dass die Gemeinde durch ihren finanziellen Profit ihre Rolle als Vermittler nicht mehr wahrnehmen könne. Die Gemeinde enttäusche damit die betroffenen Bürger in deren Erwartung als neutrale Vermittlerin. Was die Fans der Gewaltentrennung besonders schaudern lässt, ist das weitere Vorgehen. Die Gemeinde ist nicht nur Vertragspartnerin des Mobilfunk-Anbieters, sie tritt sogar noch als Bewilligungs-Instanz auf. Das gleiche Departement, welches den Nutzungs-Vertrag mit dem Mobilfunk-Anbieter unterschreibe, besiegelt auch die Baubewilligung. Der Gemeinderat führe die Kaskaden-Regelung und das Dialog-Verfahren an, welche dieser Motion widersprechen soll. Das Bundesgericht verknüpfe die Rechtmässigkeit des Kaskaden-Modells nicht mit einer Verpflichtung für die Gemeinde, Land für Antennen zu Verfügung zu stellen. Das Dialog-Verfahren bestehe aus zwei Dialog-Partnern. Dem Mobilfunk-Anbieter und der Volksvertretung, also der Gemeinde. Es gehe nicht um die ausgelutschte Feststellung, dass alle ein Handy haben, aber niemand die Antennen wolle. Es gehe um das Vertrauen der Bürger in die Gemeinde als transparente und ehrliche Vermittlerin. Wenn die Gemeinde nicht frei vom Ruf parteiisch oder finanziell vorverpflichtet zu sein vermitteln könne, wer dann? Müsse der Dorf-Pfarrer dann die Aufgabe des Vermittlers übernehmen? Solange die Erstellung von Antennen ein emotionales und ideelles heisses Eisen sei, müsse die Gemeinde als glaubwürdige Vermittlerin auf die zur Verfügungsstellung von eigenem Land für Antennen verzichten. Der Sprecher ermutigt, der Motion zuzustimmen.

Matthias Senn weist darauf hin, dass die Rechtsprechung sehr kompliziert im Gegensatz zu früher sein. Das Bundesgericht habe unterschieden zwischen Wohnzone und Nicht-Wohnzone. Die Zone für Sport und Freizeit sei klar in der Nicht-Wohnzone und eigne sich daher als Standort.

Martin Heiz lehne die Motion so ab wie sie da liegt.

Gemäss Viktor Bienz sei die CVP/JCVP/GLP Fraktion einverstanden mit dem Vorgehen des Gemeinderates. Mit dem Dialogverfahren und dem Kaskadenmodell sollen die bestmöglichen Standorte mit den geringsten ideellen Immissionen gefunden werden. Dies erachtet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion als vernünftig, bis weitere Ergebnisse aus der Forschung genaue Resultate zur Schädlichkeit der Strahlen und Immissionen ans Tageslicht bringen und dann fundierter über die Standortwahl beraten werden könne. Die CVP/JCVP/GLP Fraktion lehnt diese Motion ganz klar ab.

Nach Thomas Lammer teile die FDP grundsätzlich die Ansicht des Gemeinderates und lehnen die Motion Kalt ab. Mit der Gesamtrevision der Ortsplanung will der Gemeinderat das sogenannte Kaskadenmodell gesetzlich festlegen. Ein Ausschluss von gemeindeeigenen Grundstücken bei der Evaluation wäre genau der falsche Weg. Denn dann müssten Antennen nur noch auf dem übrigen Gemeindegebiet aufgestellt werden, was möglicherweise zu weniger idealen Standorten führen könne. Gesucht werde ja mit dem Kaskadenmodell der idealste mögliche Standort.

Mario Urfer zitiert Gerhard Leutert, Chef der Abteilung Luftreinhaltung und NIS „Eine Garantie, dass die Grenzwerte der NISV für Hochfrequenzstrahlung sowohl Immissions- als auch Anlagegrenzwerte den vom Umweltschutzgesetz geforderten, Schutz mit Sicherheit gewährleisten, kann auch heute niemand abgeben.“

Bisher wurden praktisch alle Volksinitiativen auf Gemeindeebene, welche Mobilfunkantennen verbannen oder von heiklen Standorten fernhalten wollten, vom Bundesgericht abgeschmettert.

Immer mit der Begründung die Gemeinden seien zwar in der Ortsplanung autonom, dürften jedoch die NISV (Verordnung des Bundesrates über nichtionisierende Strahlung) und die dort festgeschriebenen Strahlungsgrenzwerte nicht unterlaufen. Ein absolut klarer Beweis dafür, dass diese Verordnung zum Schutz der Mobilfunkindustrie vor dem Volk geschaffen wurde und nicht etwa umgekehrt. In Sachen Antennen sei ein Wissenschaftlicher Glaubenskrieg oder besser gesagt, von Interessenkonflikt geprägter Überzeugungskrieg im Gange. Die SP/JUSO-Fraktion sei nach wie vor überzeugt die Erstellung einer Hochleistungsantenne auf dem Lichtmast im Kleinfeld sei mehr als heikel. Müssen wirklich Kinder-Jugendliche und alte Menschen als Probanden für Langzeitstudien herhalten die auf den Fussballplätzen, im Park Bad und Heime Kriens überproportional vertreten sind? Die SP/JUSO Fraktion sagt nein und unterstützt das Moratorium für Antennen. Sie gelte dem Schutz der Bevölkerung.

Maurus Frey entgegnet, dass nicht gemeint sei, dass die Gemeinde Land verkaufe oder Antennen darauf stellen soll. Diese können auch nebenan gebaut werden. Gemeint sei, dass die Gemeinde eine andere Rolle hat. Sie müsse vermitteln zwischen den betroffenen Parteien. Man wisse ja noch nicht, ob die Strahlen schädlich sind. Solange keine Ziffer bekannt sei, kann die Gemeinde den Bau nicht fördern. Es gehe darum, welche Rolle übernimmt die Gemeinde wenn sie eine Baubewilligung erteilt. Muss zwischen den Parteien vermittelt werden oder kann im vorherein gesagt werden, dass bei diesem Standort gebaut werden kann?

Nach Michael Günter gäbe es Widersprüche von linker Seite. Einerseits störe man sich, dass die Gemeinde Verhandlungspartnerin der Telekom sei und andererseits die Baubewilligungsbehörde. Es gehe hier ums gleiche wie beim Asylzentrum. Beim Kaskadenmodell geht man davon aus, dass der beste Standort gewählt werden soll. Daher könne es nicht auf den Eigentümer darauf ankommen. Nur weil die Gemeinde Eigentümerin eines Grundstücks ist, und diese Grundstück das Beste ist, dass dieses dann nicht mehr zum Zuge kommt.

Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass ein Grundstück vielleicht objektiv der beste Standort sei. Schlussendlich sei jedoch jeder Eigentümer selber zuständig.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Kalt: „Moratorium für Antennen“ (Nr. 312/12)

Die Motion wird mit 16:9 Stimmen nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	ja
Bründler, Anton	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kloter, Yanik	ja
Lammer, Thomas	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Zosso, René	nein

9. Postulat Graf: Erhöhung des Eintrittspreises für die neue Badi und Vergünstigung der Eintrittspreise für Einheimische Nr. 313/12

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

10. Postulat Koch: Nachweisdokument (z.B. Arbeitsbestätigung) für die ehrenamtliche Arbeit als Einwohnerratsmitglied Nr. 318/12

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

11. Postulat Koch: Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen Nr. 320/12

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

12. Postulat Portmann: Einführung einer Einbürgerungspauschale Nr. 321/12

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

13. Ev. Postulat Portmann: Kein Zentrum für Asylsuchende auf der Liegenschaft Grosshof Nr. 324/12

Da das Postulat als dringlich erklärt wurde, wurde es bereits unter Traktandum 6c behandelt.

14. Schluss

Martin Heini dankt dem Rat für die konstruktive Verhandlung. Es gäbe noch einige Klippe an die er sich selbst auch noch gewöhnen müsste.

Weiter hat der Sprecher noch das Traktandum „Gummibärli“ zu erfüllen. Seit 13 Jahren sei Yvonne Rösli für die Einwohnerratsaufgaben zuständig gewesen. Sie habe sich stets eingesetzt und arbeitete unter anderem bei der Geschäftsleitung mit. Für die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen war sie stets erreichbar. Nun verlässt Yvonne Rösli die Gemeinde Kriens, um in Beromünster eine neue berufliche Herausforderung anzutreten. Noch bis 19. Oktober 2012 jedoch dürfe auf ihre Arbeit bei der Gemeinde Kriens gezählt werden. Da die nächste Einwohnerratssitzung erst im November stattfinden wird, war dies ihre letzte Sitzung für den Krienser Einwohnerrat. Im Namen des Einwohnerrates Kriens überreicht Martin Heini an Yvonne Rösli eine Dankeskarte. Eine kleine Sammlung sei noch am laufen und Ideen für die Verwendung seien auch schon viele vorhanden. Der Sprecher werde die Fraktionen informieren, sobald das Geschenk überreicht werde. Er hoffe, dies mit Delegation tun zu können. Yvonne Rösli wird unter Applaus als langjährige Protokollführerin verabschiedet.

Weiter informiert Martin Heini, dass die nächste Sitzung am 8. November 2012 am Nachmittag in der Krauerhalle Kriens stattfinden wird. Im Anschluss an die Sitzung ab 18.00 Uhr findet der Festakt „50 Jahre Einwohnerrat“ statt. Die Einladungen zu diesem Anlass liegen persönlich auf.

Ausserdem findet am 29. November 2012 eine ausserordentliche ganztägige Sitzung zur Ortsplanungsrevision statt. Der Sitzungsort wird wie gewohnt im Pilatussaal sein.

Martin Heini wünscht allen einen schöner Herbst und erholsame Ferien. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Die Sitzung schliesst um 19.10 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:


Martin Heini

Der Gemeindeschreiber:


Guido Solari

Die Protokollführerinnen:


Yvonne Rösli


Jennifer Schweizer